Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 282. Montag, den 2. Dezember 1912. 19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Das Orientproblem.

9. Die Eisenbahnen.

Die Eisenbahnen sind dem türkischen Staat sehr teuer zu stehen gekommen. Sie haben bei alledem das Land von der europäischen Hochfinanz erst recht abhängig gemacht.

Wie bei dem Bau der Eisenbahnen die Türkei übervorteilt wurde, das mag hier wieder kurz an einem Beispiel der Orientalischen Eisenbahn gezeigt werden, die ich schon bei der Charakteristik der Finanzoperation der Türkenlose erwähnt hatte. Die Türkenlose im Nominalbetrag von 792 Millionen Francs waren ja zum Bau dieser Eisenbahn bestimmt. Wir wissen, daß Baron Hirsch das Ganze für 255 Millionen Francs aufgekauft hatte. Dieses Geld hatte er aber nicht etwa an die türkische Regierung gezahlt, sondern er hatte blos die Verpflichtung übernommen, damit die Eisenbahn zu bauen. Die Kosten des Baues waren aber nach einer Rechnung, die der vorsichtige von Morowitz in seinem Buch über die türkischen Finanzen aufstellt, nur höchstens 180 Millionen Francs. Nach demselben Autor betrug der Gesamtprofit, den die ersten Konzessionäre, also vor allem Baron Hirsch, während zehn Jahren aus dem Unternehmen gezogen hatten, 170 bis 180 Millionen Francs.

Es ist die Regel bei den türkischen Eisenbahnkonzessionen, daß der Staat eine Durchschnittseinnahme per Kilometer garantiert, die stets so hoch gefaßt ist, daß sie reichlich alle Ausgaben, Kosten und Zinsen deckt. Zur Sicherung der Zahlung der Garantien werden bestimmte Steuererträge verpfändet. Besonders beliebt sind dabei die Erträge des Zehenten. Der Ertrag des Zehenten ganzer Vylajets ist auf diese Weise verpfändet worden, und zwar nicht bloß an der Strecke, die von der resp. Eisenbahn durchzogen wird, sondern oft in ganz entlegenen Gebieten. Auch die Schafsteuer dient als Garantie. Sehr beliebt sind in der letzten Zeit als Garantie die Zollerträge geworden, ferner die Ueberschüsse, die die internationale Schuldenverwaltung erzielt. So sitzt hier eine Garantie auf der anderen. Alles verpfändet. Ueberall haben die Vertreter der Hochfinanz die Aufsicht, die Kontrolle, überall ist die Selbständigkeit des Staates eingeschränkt. Die stärkste Kontrolle konzentriert sich in den Händen der internationalen Schuldenverwaltung. Es gibt aber auch Steuererträge, die unter der speziellen Kontrolle der Deutschen Bank und der Ottomanischen Bank oder des Hauses Rothschild stehen.

Die verpfändeten Steuererträge sind selbstverständlich reichlich genug bemessen, um die übernommenen Garantien zu decken. So berechnete z. B. die Anatolische Eisenbahndirektion selbst vor einem Jahr in ihren Prospekten über die Ausgabe neuer Obligationen der Bagdadbahn, daß die vom türkischen Staat verpfändeten Steuern gewährte Garantie um 140 Proz. das Risiko übersteigt, d. h., daß die Garantie 240 Proz. der in Betracht kommenden Summe beträgt. Es gibt aber Garantien, die selbst das sechsfache und mehr der garantierten Summe erreichen.

Ist nun eine Steuer verpfändet, so darf der Staat ohne Einwilligung der Gläubiger die betreffende Steuer nicht mehr ändern. Auf diese Weise ist besonders der Zehente gebunden, diese furchtbare Geißel des Bauerntums.

Das erste, was die Eisenbahnen der Landbevölkerung brachten, war also ein vermehrter Steuerdruck und eine Bindung der Steuer. Daneben eröffnete sie allerdings dem Bauern den Zugang zum Weltmarkt. Das bedeutete für diesen zunächst nur die größere Möglichkeit, zu verkaufen. Den Impuls dazu gab vor allem der Steuerdruck. Soweit noch auf den Dörfern Getreidevorräte waren, wurden sie von der Eisenbahn sofort hinweggeschafft, und der Bauer blieb ohne Schutz für den Fall jener Hungersnöte, die ja bei der primitiven Landwirtschaft geradezu Gesetz sind. Dieselbe primitive Kultur bedingte es, daß der Bauer, der den Boden stärker in Anspruch zu nehmen begann, diesen rasch erschöpfte. Der mittellose und dazu auch noch unwissende Bauer, von dem der Staat nur Steuern abverlangte, konnte aber offenbar selbst zu keiner höheren Kultur gelangen. Die Eisenbahn brachte aber noch eine fortschreitende Abholzung mit sich — das wird von vielen Seiten konstatiert — infolgedessen verschlimmerten sich die klimatischen Bedingungen der Landwirtschaft. Man verkaufte die Wälder, um rasch Geld zu bekommen. Nunmehr ist man ohne Holz geblieben und jetzt die Felder einer fortschreitenden Versandung aus.

Betrachtet man die Frachtstatistik, z. B. der Anatolischen Eisenbahn, so fällt sofort die sprunghafte Bewegung der Getreidefrachten auf. Ist die Ernte gut, so wird die Eisenbahn von Getreide überschwemmt, denn die Bauern müssen verkaufen. Aber nach zwei, drei Jahren guter Ernten folgen regelmäßig — wie in Ostindien, wie in Rußland — Mißernten, und die Getreidefrachten verschwinden beinahe. Was aber nicht verschwindet, ist der Zehente, den der Bauer zu zahlen hat.

Die Hauptstrecken der türkischen Eisenbahnen in Asien wie in Europa befinden sich bekanntlich in deutschem und österreichischem Besitz. Das ist die Domäne des deutschen Kapitals. Da andererseits die verpfändeten Steuererträge sich meistens unter der Kontrolle der internationalen Schuldenverwaltung befinden, so ist das deutsche Kapital an dieser interessiert. Außerdem stehen sich zwei kapitalistische Gewalten entgegen: das reine Finanzgeschäft und das Eisenbahngeschäft. Die Eisenbahnen haben sich zwar selbst bis jetzt in der Türkei als reines Finanzgeschäft gezeigt, als ein Mittel, sich vom Staat Zinsen zahlen zu lassen, aber mit der Entwickelung der Industrie gehört ihnen offenbar die Zukunft. Deshalb die Rivalität seitens der französischen Gruppe.

Wer die Eisenbahnen hat, der hat auch die Tarife. Es ist zwar in den Konzessionsverträgen bestimmt, daß die Tarifsätze ein bestimmtes Maximum nicht überschreiten dürfen, doch dieses Maximum ist so hoch gewählt, daß de facto die Gesellschaften vollkommene Freiheit der Tarifbestimmung haben.

Bisher hat die Türkei von der Konkurrenz der beiden Finanzgruppen einigen Nutzen ziehen können. Ihre Verbindung würde die Türkei völlig der Willkür der europäischen Hochfinanz ausliefern.

Parvus.

Der Waffenstillstand ist perfekt.

Am Sonnabend hat sich der türkische Ministerrat mit dem Protokoll über Abschluß eines Waffenstillstandes beschäftigt und demselben zugestimmt. Das Protokoll enthält folgende Bedingungen: 1. Der Waffenstillstand wird für zwei Wochen geschlossen; 2. die türkische, die bulgarische und die verbündeten Armeen verbleiben in ihren gegenwärtigen Stellungen; 3. keine der beiden Parteien darf in den Befestigungsarbeiten fortfahren oder Truppen- und Munitionstransporte vornehmen; 4. die belagerten Plätze Adrianopel und Skutari werden während der vierzehn Tage in der Weise mit Lebensmitteln versorgt, daß die Zufuhr der nötigen Lebensmittel von Tag zu Tag erfolgt.

Der Waffenstillstand ist zwar formell auf 14 Tage begrenzt, soll aber nötigenfalls auf 20 Tage verlängert werden. Sind während dieser Frist die Friedensbedingungen nicht bestimmt, so beginnen bereits am zweitnächsten Tage, wie der Ikdam meldet, die Feindseligkeiten. Dasselbe Blatt betont, daß die Bedingungen derart günstig seien, wie sie die Türkei kaum nach einem Siege hätte besser erhalten können. Saloniki soll türkischer Hafen bleiben und Uesküb die Hauptstadt von Mazedonien werden.

Nach einer weiteren Meldung aus Konstantinopel läßt das Entgegenkommen Bulgariens darauf schließen, daß mit dem Gedanken einer starken Annäherung der Türkei und Bulgarien gerechnet wird. Das klingt wie bittere Ironie! Zunächst werden auf beiden Seiten Menschenleben vernichtet und dann nachher schließt man mit dem Feinde ein Bündnis ab.

Die verbündeten Balkanstaaten liegen sich jetzt schon in den Haaren. Bulgarien und Griechenland streiten sich, wer Saloniki erobert hat. Die genannte Stadt hat sich den Griechen kampflos ergeben, nachdem die Türken im Norden von den Serben, im Süden von den Bulgaren arg bedrängt wurden. In Saloniki kam es aus diesem Anlaß, nachdem die Bulgaren kurz hinter den Griechen in die Stadt einmarschierten, zu Streitigkeiten. — Nach einer türkischen Nachricht haben sich die beiden Rivalen bereits bekriegt. 3000 griechische Soldaten, die in Serres einmarschieren wollten, wurden von bulgarischen Truppen, die Serres besetzten, angegriffen und an dem Betreten der Stadt gehindert. In dem darauf folgenden Kampfe sollen die Griechen 250 Tote gehabt haben.

Unter solchen Umständen können alle Beteiligten nur wünschen, daß der Krieg recht bald definitiv beigelegt wird.

Serbien will anscheinend gegenüber Österreich-Ungarn einlenken. In maßgebenden serbischen Kreisen beginnt die Auffassung durchzudringen, daß mit Rücksicht auf die Stellungnahme der Großmächte zur albanesischen Frage der in derselben von Serbien ursprünglich eingenommene Standpunkt nicht mehr opportun erscheine und daß demnach das Interesse Serbiens ein wesentliches Einlenken in der Frage erfordere.

In Konstantinopel dauert die Verhaftung jungtürkischer Führer an. Ein Teil derselben ist ins Ausland geflohen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Weiße Salbe.

Zu einer irgendwie entschlossenen Sozialpolitik ist die bürgerliche Mehrheit des Reichstages nicht aufzuraffen. Sie hätte Gelegenheit gehabt, ein energisches Bekenntnis volkstümlicher Politik abzulegen, als der Antrag unserer Fraktion zu der in den letzten Tagen behandelten Teuerungsinterpellation zur Abstimmung stand. Der Antrag, der der volksfeindlichen Haltung der Reichsregierung ausdrücklich die Mißbilligung aussprechen wollte, wurde abgelehnt. Außer unseren Parteigenossen stimmten in der Hauptsache nur die Fortschrittler gegen die Regierung. Die Nationalliberalen brachten es nicht übers Herz, ihrem geliebten Herrn v. Bethmann-Hollweg weh zu tun.

Die Regierung hat so vor der Vertretung des deutschen Volkes Recht bekommen. Ihre agrarische Politik der Aushungerung des Volkes zum Nutzen einer mächtigen Minderheit ist gebilligt worden, die von vornherein jeden sozialpolitischen Versuch aufhebt und wirkungslos macht.

Ein vorzügliches Gegenstück zu dieser Abstimmung und zu den Debatten der letzten Tage bildete die Beratung des Gesetzentwurfes über das Verbot von Saugflaschen. Genosse Kühle, der für unsere Fraktion sprach, legte den Hauptwert darauf, zu beweisen, wie lächerlich wirkungslos und wie unsinnig dieser bescheidene Angriff auf die Säuglingssterblichkeit angesichts unserer trostlosen allgemeinen Wirtschaftspolitik erscheinen muß. Unser Redner erweiterte so den an sich engen Gegenstand und benutzte die Gelegenheit, der Regierung und den bürgerlichen Parteien eine umfangreiche und von großem Interesse für die Sache getragene Vorlesung zu halten. Seine tiefgehende Sachkenntnis kam ihm außerordentlich zustatten, in demselben Maße, wie sie den anderen Parteien peinlich war, die nicht verstehen wollten, daß man bei einem Gesetz über Kindersaugflaschen etwas allgemeinere Betrachtungen über die wirklichen Ursachen der Kindersterblichkeit anstellen kann. Vielleicht ist's diese Verlegenheit, die sich auch in den Ordnungsrufen äußerte, von denen unser Redner nicht verschont geblieben ist. Aber unserem Genossen kam es gerade darauf an, wieder an einem besonderen drastischen Beispiel zu zeigen, wie die angeblich sozialpolitischen Maßnahmen des heutigen Staates lediglich als weiße Salbe wirken.

In den Reden der bürgerlichen Abgeordneten und des Regierungsvertreters kam jene wirkliche oder vorgebliche Verständnislosigkeit für unsere Auffassung zum Ausdruck.

Zu Beginn der Sitzung war die Vorlage über Schiffszusammenstöße erledigt worden, zu der in unserem Namen Genosse Dr. Herzfeld zugestimmt hatte; am Schluß der Sitzung wurde noch das Postscheckgesetz in erster Lesung behandelt. Genosse Dr. Südekum mußte dem Staatssekretär des Reichspostamtes einige Lorbeeren aus dem Kranz entfernen, den dieser sich zuvor selbst gewunden hatte.

Am heutigen Montag beginnt die allgemeine Etatsberatung, und zwar wahrscheinlich mit einer Erklärung des Reichskanzlers über die auswärtige Lage.

Ein bestrittenes Recht des Reichstages.

Der § 33a der Geschäftsordnung des Reichstages sieht vor, daß an Interpellationen ein Antrag geknüpft wird, in dem zum Ausdruck gebracht werden kann, ob der Reichstag die Maßnahme der Regierung billigt oder nicht billigt. Gestützt auf diesen Passus haben die Sozialdemokraten zu der Fleischteuerungs-Interpellation bekanntlich einen Antrag eingebracht, der besagt, daß die Behandlung der Teuerungsfrage durch den Reichskanzler nicht den Anschauungen des Reichstages entspricht. In dem Antrage war dann weiter ausgeführt und näher spezifiziert, inwieweit die Maßnahme der Regierung den Anschauungen des Reichstages nicht entspricht. Darin erblickten sowohl die Regierung als auch die meisten Parteien des Reichstages ein nicht zulässiges Mißtrauensvotum für die Regierung. Die Konservativen ließen durch den Grafen Westarp allerdings erklären, daß die Geschäftsordnung eine solche motivierte Resolution zulasse, und wiesen dabei darauf hin, daß gerade sie — die Konservativen —

es gewesen seien, die bei Beratung der Aenderung der Geschäftsordnung es vermeiden wollten, daß ein solcher Antrag überhaupt möglich sei. Im Laufe des Freitag haben nun zwischen den Parteien des Reichstages Verhandlungen stattgefunden, deren Ergebnis war, daß für den sozialdemokratischen Antrag nur die Sozialdemokraten und die Polen gestimmt hätten. Um nun zu verhüten, daß die Interpellation über die Fleischteuerung ohne jeden Abschluß ausgehen soll, haben die Sozialdemokraten den Antrag gestellt:

„Der Reichstag wolle beschließen: die Behandlung der den Gegenstand der Interpellation bildenden Angelegenheit durch den Reichskanzler entspricht nicht der Anschauung des Reichstages."

Der ursprüngliche Antrag der Sozialdemokraten soll nunmehr vor die Geschäftsordnungskommission des Reichstages gebracht werden, die dann neuerlich eine Entscheidung darüber herbeiführen soll, ob eine derart motivierte Resolution zulässig ist. — Bei der Einschüchterung der Parteien, die am Donnerstag durch eine Anzahl Regierungskommissare bewerkstelligt wurde, wird es bei der Beratung des sozialdemokratischen Antrages in der Geschäftsordnungskommission jedenfalls zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen kommen; die Sozialdemokraten sind nach wie vor der Meinung, daß sie das Recht haben müssen, di ePunkte genau anzugeben, in denen nach ihrer Auffassung der Reichstag mit der Regierung nicht einverstanden sein kann.

Die alldeutschen Treiber

hatten sich gestern in Braunschweig in Form einer Sitzung des Gesamtausschusses ein Stelldichein gegeben. In einem Referat des Vorsitzenden des Ausschusses, R.-A. Claß-Mainz, über die Balkanwirren wurde die Ansicht vertreten, daß Deutschland auf Gedeih und Verderb mit Österreich-Ungarn verbunden sei. Angeblich soll es sich jetzt um das Schicksal des Deutschtums im Reiche und in Österreich handeln. Zu diesem Behufe müsse Heer und Flotte ergänzt werden: man müsse brechen mit der passiven Politik der Vergangenheit. Die Alldeutschen schwärmen also für einen massenmörderischen Krieg, von dem sie sich wahrscheinlich am liebsten drücken möchten. Nach einer Diskussion, die sich natürlich in demselben Geleise bewegte, fand folgende phrasenreiche Resolution Annahme:

„Die politischen Ereignisse der letzten Wochen haben den schweren Ernst der Lage des gesamten Deutschtums in Mitteleuropa enthüllt und klar gemacht, daß ihm der Kampf um sein Da'ein nicht erspart bleiben wird. Von dieser Überzeugung ausgehend, ist der Gesamtvorstand des Alldeutschen Verbandes der Ansicht, daß das Deutsche Reich die Schwächung oder gar Niederwerfung Österreich-Ungarns nicht zulassen darf. Er erblickt in dem serbischen Vorstoß gegen die Donaumonarchie den Anfang zu einem umfassenden Angriff des Slaventums gegen das Deutschtum und beurteilt die Frage des Strebens nach einem Hafen an der Adria von diesem Gesichtspunkte aus. Aus dieser Auffassung ergibt sich für den Alldeutschen Verband die Pflicht, von neuem und nachdrücklich den lückenlosen Ausbau unserer Land- und Seemacht zu fordern und er glaubt, daß bei der jetzigen politischen Lage das deutsche Volk zu allen Opfern bereit ist, um die deutsche Wehrmacht für jeden Fall zu rüsten."

Erfreulicherweise hat das deutsche Volk zu diesen alldeutschen Schwärmereien ja auch noch ein ernstes Wort mitzureden. In seiner überwiegenden Mehrheit lehnt es diese Phantastereien ab und vertritt die Auffassung, daß, wenn die Alldeutschen eine Verstärkung von Heer und Flotte wünschen, sie gefälligst auch die Kosten hierfür bezahlen mögen. In der Lage sind sie hierzu. Beim Geldbeutel aber hört auch bei ihnen die Gemütlichkeit auf.

Zum Schluß unterhielt man sich noch etwas über die elsaß-lothringische Verfassung, die ein Vertreter der christlichen Nächstenliebe als verfehlten Versuch bezeichnete. Am liebsten möchten die Herrschaften diese ihnen unbequeme Verfassung gleich in Stücke schlagen.

Tagegelder für Schöffen und Geschworene.

Eine Korrespondenz meldet: Dem Reichstage wird demnächst eine Novelle zur Strafprozeßordnung vorgelegt, die die Gewährung von Tagegeldern für Schöffen und Geschworene vorsieht. — Die Frage war schon in der Strafprozeßordnung geregelt, die dem verflossenen Reichstage vorgelegen hat, aber nicht Gesetz wurde, da bekanntlich in einigen wichtigen Fragen zwischen Bundesrat und Reichstag eine Übereinstimmung nicht zu erzielen war.

Ein Fortschritt.

Der sächsische Landtag hat bei Beratung einer Volksschulgesetzvorlage wesentliche Verbesserungen beschlossen. Angenommen wurde die Einführung der völligen Schulgeldfreiheit, ferner die Einheitsschule für die ersten drei Schuljahre. Nach diesem Antrage sollen die Vorschulklassen der höheren Schulen in Fortfall kommen. Im dritten Schuljahre sollen die Schüler, welche eine höhere Schule besuchen sollen, einer Prüfung unterworfen werden. Dann wurde beschlossen, daß die Schülerzahl einer Volksschulklasse 50 nicht übersteigen darf. Der Antrag der Sozialdemokraten, die Schülerzahl auf 40 festzusetzen, wurde abgelehnt. Die Konservativen wollten die Vorlage, die 80 Kinder bei den zweiklassigen Landschulen vorsah, noch verschlechtern, und sie beantragten, 100 Kinder zuzulassen.

Diese Fortschritte sind in Sachsen — dem sonst nach mancher Richtung hin rückständigen Lande — beschlossen worden. In Lübeck lehnte man derartige Anträge in der Bürgerschaft ab. Müßte nicht unseren Republikanern die Schamröte ins Gesicht steigen?

Zur Nachwahl in Reuß ä. L.

Die Nationalliberalen beabsichtigen für den Wahlkreis Reuß ä. L. (Greiz) den früheren Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann aufzustellen. Stresemann ist von unseren Parteigenossen im Januar 1912 aus dem sächsischen Wahlkreis Annaberg hinausgewählt worden. Wie schon mitgeteilt, setzen die Nationalliberalen ihre ganze Hoffnung auf die Anwendung der alten Wählerlisten. Die Regierung wird ihnen natürlich den Gefallen tun, den Wahltermin so frühzeitig wie möglich anzusetzen. Der Wahlkreis ist ein rein industrieller und seine geringe Größe, sowie seine geographische Lage bringen es mit sich, daß Arbeiter, die ihre Stellung wechseln und nach einem benachbarten Ort ziehen, damit bereits den Wahlkreis verlassen haben. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter — in der Hauptsache Textilarbeiter — ist die denkbar schlechteste. Gegenwärtig sind wieder Tausende von Färbereiarbeitern ausgesperrt. Die starke Fluktuation der Arbeiterschaft in diesem Kreise ist in der Tat nicht ganz unbedenklich für den Wahlausfall. Auch das religiöse Sektenwesen ist in diesem Kreise ziemlich stark verbreitet und hat seinen Grund in der erbärmlichen Lage der Weberbevölkerung. — In den nächsten Tagen werden unsere Genossen ihren Kandidaten proklamieren und dann sofort mit aller Kraft in den Wahlkampf eintreten.

Im Kampf um das Petroleum-Monopol.

Die Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft arbeitet mit Hochdruck, um die ihr durch das Monopol drohende Gefahr abzuwenden. Den Reichstagsabgeordneten gehen fast jeden Tag Zuschriften aus ihren Wahlkreisen zu, in denen die Petroleumverkäufer auf alle möglichen Gefahren hinweisen und dringend bitten, dem Monopol die Zustimmung zu versagen. Auch diese Aktion ist von der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft in die Wege geleitet worden. Die Leiter der Gesellschaft selbst halten sich im Hintergrunde, sie schicken die von ihnen abhängigen Kreise vor. Als besonders bedroht wird das Kannengeschäft hingestellt, weil angeblich die Regierung den Händlern einen höheren Gewinn als 2 Pfg. pro Liter Petroleum nicht zugestehen will.

Dem tritt nun eine offiziöse Auslassung der „Berl. Politischen Nachrichten" entgegen, in der ausgeführt wird:

„Soweit das Kannengeschäft bisher als selbständiges Geschäft betrieben worden ist, wird es auch in Zukunft nach wie vor lohnend sein. Das Gesetz wird keinen Maximalzuschlag für Kannenhändler vorschreiben, insbesondere auch nicht einen Zuschlag von 2 Pfennigen. Wenn bei der Ertragsschätzung des Entwurfs von einem Zuschlag von 2 Pfennigen zu dem Straßentankwagen die Rede ist, so bezieht sich das, wie ausdrücklich hervorgehoben ist, lediglich auf das Ladengeschäft. Daß die Kannenhändler, die das Leuchtöl in die Wohnungen der Verbraucher schaffen, einen höheren Preis hierfür verlangen können, ist selbstverständlich. In dem Geschäftsbetrieb der selbständigen Kannenhändler wird sich durch das Reichs-Petroleum-Monopol voraussichtlich überhaupt nichts ändern. Diese werden vielmehr das Leuchtöl, wie sie es bisher von der D.-A. P.-G. oder anderen Petroleumgesellschaften bezogen haben, künftig von der Tankanlage oder vom Straßentankwagen kaufen und den Kunden in ihre Wohnungen zuführen können."

Die Motive, die die deutsche Bank-Gruppe zu ihrem energischen Eintreten für das Monopol bewegen, haben mit Gemeinsinn und Selbstlosigkeit nicht das mindeste zu tun, genau so wenig, wie die Interessentengruppe der D.-A. P.-G. sich von derartigen Dingen beeinflussen läßt. Für beide Teile handelt es sich lediglich um den Profit; die Sozialdemokratie hat dagegen in der Hauptsache die Interessen der Konsumenten zu wahren.

Der nationalliberale Sündenfall in Württemberg.

Die Fuhrmannsche „Altnationalliberale Reichs-Korrespondenz" ist aufs ärgste betroffen von unserer Nachricht, daß die nationalliberale Parteileitung in Württemberg in der Verzweiflung der Sozialdemokratie eine Vereinbarung für den zweiten Wahlgang angeboten hat. Sie hält diese Kunde für „unglaubhaft" und will auf Anfrage die bestimmte Auskunft erhalten haben, „daß die Leitung der nationalliberalen Partei Württembergs eine solche Vereinbarung nicht angeboten habe und daß ihr nichts davon bekannt sei, daß Parteimitglieder ein solches Angebot gemacht hätten". Die Korrespondenz beruft sich auf den in Berlin anwesenden Abg. Keinath, der für die nationalliberale Partei Württembergs an den Wahlbesprechungen führend teilgenommen habe und der an unsere Behauptung nicht glaube. Wenn der Schritt dennoch von Parteimitgliedern in irgend einem Bezirk getan sein sollte, so würde die Leitung der nationalliberalen Landespartei nach der Ueberzeugung Keinaths nicht zögern, den Schritt entschieden zu mißbilligen.

Dazu erfahren wir von eingeweihter Seite folgendes: Der Abg. Keinath, dessen parteitaktische Haltung sich schon aus seinen nahen Beziehungen zur Fuhrmannschen Korrespondenz ergibt, hat sich allerdings zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang jeder Fühlungnahme der Nationalliberalen mit der Sozialdemokratie entschieden widersetzt. Es mag darum den Kollegen Keinaths in der nationalliberalen Landesparteileitung nicht unerwünscht gewesen sein, daß Keinath zu den Reichstagsverhandlungen nach Berlin reisen mußte. Kaum war Herr Keinath in Berlin, da wandte sich der nationalliberale Landesvorstand zunächst durch einen volksparteilichen Mittelsmann und kurz darauf auf direktem Wege an den Vorsitzenden des sozialdemokratischen Landesvorstandes, um diesem die trostlose Lage der Nationalliberalen in denjenigen Wahlbezirken zu schildern, in denen die Nationalliberalen den Kampf mit de mZentrum bezw. dem Bauernbund auszufechten hatten. Es fand darauf eine Konferenz statt, an welcher zwei Mitglieder des sozialdemokratischen Landesvorstandes, zwei Vertreter der nationalliberalen Landesparteileitung und jener volksparteiliche Vermittler teilnahmen. An die nationalliberalen Vertreter wurde die Anfrage gerichtet, ob sie irgendwelche Ermächtigung zu Verhandlungen hätten, worauf von den nationalliberalen Abgesandten die ganz bestimmte Erklärung abgegeben wurde, sie seien von ihrer Landesparteileitung zu Verhandlungen und zum Abschluß von Vereinbarungen ausdrücklich ermächtigt worden. Die nationalliberalen Vertreter klagten über die skrupellose Kampfesweise der Bündler gegen die nationalliberalen Kandidaten in Brackenheim, Sulz und Geißlingen und gaben zu verstehen, daß sie den Kampf für aussichtslos hielten, wenn die Sozialdemokratie keine Hilfe leiste. Von sozialdemokratischer Seite wurde den Herren bedeutet, daß die nationalliberale Partei diese Situation ja selbst geschaffen habe durch ihre Unterwürfigkeit gegenüber der Rechten und ihre Hochnäsigkeit gegenüber der Sozialdemokratie. Das Ergebnis der Besprechung war, daß die nationalliberalen Vertreter die Verpflichtung übernahmen, ihre Anhänger im Bezirk Waiblingen zum Eintreten für den sozialdemokratischen Kandidaten aufzufordern, wofür die sozialdemokratischen Vertreter zusagten, an ihre Wähler in Brackenheim die Aufforderung zur Unterstützung des nationalliberalen Kandidaten zu richten. Für die Bezirke Sulz und Geißlingen gingen die sozialdemokratischen Vertreter keine Verpflichtungen ein.

Es waren also nicht „Parteimitglieder in irgend einem Bezirk", sondern offizielle Vertreter der Landesparteileitung, die den Schritt taten, und der letzteren wird es daher schwer fallen, „den Schritt entschieden zu mißbilligen". Zuzugeben ist der „Altnationalliberalen Reichskorrespondenz", daß das Verhalten der Nationalliberalen „mit den nach rechtshin getroffenen Abmachungen im Widerspruch steht", denn die Nationalliberalen hatten wenige Tage zuvor im Waiblinger Bezirk den Bündlern die Unterstützung zugesagt. Aber auf einen Widerspruch mehr oder weniger kommt es doch bei den Nationalliberalen nicht mehr an.

Die politische Bedeutung des Vorganges liegt lediglich darin, daß nun auch die württembergischen Nationalliberalen durch die Entwicklung der Dinge gezwungen worden sind, die Sozialdemokratie als einen Machtfaktor anzuerkennen.

Das Zentrum hatte die Parole ausgegeben: „Keine Stimme der Volkspartei, keine Stimme den Nationalliberalen und der Sozialdemokratie!"

Österreich-Ungarn.

Eine unerhörte Provokation der österreichischen Regierung. Die österreichische Regierung hat dem Parlament drei Gesetzentwürfe vorgelegt, die sich auf die Kriegsleistungen der Zivilbevölkerung beziehen. Es wird bestimmt, daß im Falle einer Mobilisierung, also nicht erst im Falle eines Krieges, alle Männer bis zum 50. Lebensjahre ohne Unterschied, ob sie Soldat waren oder nicht, zu Kriegsleistungen verpflichtet sind. Sie sollen zwar, wenn sie nicht Soldat waren, nicht zu Waffendiensten herangezogen werden, es kann ihnen aber jede andere Dienstleistung auferlegt werden. Sie sollen weiter in diesem Falle der militärischen Gerichtsbarkeit und Disziplinargewalt unterstehen. Der Lohn für diese Dienstleistungen soll einfach durch Verordnung bestimmt werden, so daß es in das Belieben der Militärbehörde gestellt sein würde, was sie den Arbeitern, Angestellten usw. für ihre Arbeit bezahlt. Weiter bestimmt das Gesetz, daß Fabrikanten, selbständige Gewerbetreibende und Landwirte nicht außerhalb ihrer Wohngemeinde herangezogen werden sollen. Für Arbeiter und Angestellte wird aber diese Einschränkung nicht angeführt, so daß z. B. qualifizierte Wiener Arbeiter ohne weiteres z uErdarbeiten an der russischen Grenze bestimmt werden können. Eine weitere Bestimmung sagt, daß die Arbeiter und Angestellten der Verkehrsinstitute, Munitionsfabriken und Ernährungsgewerbe unter keinen Umständen im Falle einer Mobilisierung ihr Arbeitsverhältnis verlassen dürfen. Es wird für die zu Kriegsleistungen Herangezogenen weder eine Kranken-, noch eine Unfallversicherung bestehen und sie haben einzig und allein den Anspruch, in den Militärhospitälern untergebracht zu werden und im Falle ihres Todes oder ihrer Erwerbsunfähigkeit bekommen die Angehörigen lediglich die lächerlich geringe Unterstützung, die die Hinterbliebenen der im Krieg gefallenen Soldaten bekommen. — Viel liberaler ist das Gesetz gegenüber den bürgerlichen Kreisen, denen es Entschädigungen für ihre Dienstleistungen gewährt. Selbstverständlich wird das Kaiserliche Haus, der regierende Fürst v. Liechtenstein und natürlich auch die Geistlichkeit von allen Kriegsleistungen ausgenommen. Bezeichnend ist, daß durch die Bestimmungen des Gesetzes über die Requierung von Nahrungsmitteln dem Lebensmittelwucher geradezu Vorschub geleistet wird, weil für requirierte Lebensmittel unter Umständen nicht nur die direkten Preise, sondern auch noch ein Zuschlag bezahlt wird. Die Arbeiter aber werden mit einem Federstrich der Militärbehörde um ihr Koalitionsrecht und ihre Lohnansprüche, um ihre Bürgerrechte, kurz um alles, gebracht werden.

Belgien.

Nach berüchtigtem Muster. Herve sollte in Bornage einen Vortrag halten. Einer Pariser Blättermeldung zufolge hat aber die belgische Regierung die Gendarmerie in Mons beauftragt, falls Herve den belgischen Boden betreten sollte, ihn sofort festzunehmen und an die Grenze zurückzubefördern.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 2. Dezember.

Die Einführung der zweiten Lesung, die sich für die Beratung von Vorlagen in der Bürgerschaft als unbedingt notwendig herausgestellt hat, ist am Sonnabend vom Bürgerausschuß gutachtlich befürwortet worden. Es wurde beschlossen, dem Artikel 46 unserer Verfassung folgende Form zu geben: „Auf alle Anträge des Senates muß in derselben Versammlung, in welcher sie gestellt sind, ein Beschluß gefaßt werden. Es steht jedoch der Bürgerschaft frei, einen Antrag des Senates zunächst einer aus ihrer Mitte zu ernennenden Kommission zur Begutachtung zu überweisen und bis zur Erstattung des Gutachtens ihre Entscheidung auszusetzen. Wenn eine solche Kommission über irgend einen Punkt noch eine Aufklärung für erforderlich erachtet, so kann sie dieserhalb eine Besprechung mit den Kommissaren des Senates begehren. Die Kommissare des Senates sind befugt, Mitteilung des Gutachtens der Kommission zu verlangen, bevor über die Sache weiter verhandelt wird. Jeder Antrag des Senates muß, bevor er als angenommen gelten kann, einer zweimaligen Beratung und Abstimmung unterzogen werden, es sei denn, daß bei der ersten Abstimmung mindestens zwei Drittel aller an ihr teilnehmenden Mitglieder sich für die Annahme erklärt haben. Die zweite Lesung darf jedoch nicht an demselben Tage wie die erste stattfinden. Anträge auf Abänderung der Verfassung bedürfen stets der zweiten Lesung. Bei Budgetberatungen findet eine zweite Lesung nicht statt. Hat die Bürgerschaft eine Senatsvorlage endgültig nur unter Annahme von Abänderungsanträgen beschlossen, und ist diesen der Senat nicht durchweg beigetreten, so beschließt die Bürgerschaft über die Vorlage bei ihrer

wiederholten Beratung mit einfacher Mehrheit, ohne daß es einer zweiten Lesung bedarf. Die Verhandlungen über Anträge des Senates haben vor allen anderen den Vorzug und dürfen nicht ohne Zustimmung der Kommissare des Senates durch anderweitige Geschäfte unterbrochen werden." Die vom Senat beantragte Erweiterung der Rechte des Bürgerausschusses wurde abgelehnt. Da gerade für die ungemein wichtige Budgetberatung, die schon mancherlei Differenzen gezeitigt hat, die zweite Lesung ausdrücklich ausgeschlossen wird, so ist die beantragte Verfassungsänderung nicht von sehr großer Bedeutung. Hält man die Einführung der zweiten Lesung für notwendig, — und wir tun das — dann müßte man auch einigermaßen konsequent ihre Durchführung verlangen.

Der Bürgerausschuß beschloß am Sonnabend auf Antrag des Senates die Hebung der Stelle des Werftbeamten und die Beilegung der Amtsbezeichnung „Verwalter der Staatswerft" an denselben; weiter die Schaffung von 15 neuen Beamtenstellen bei der Baudeputation und die Beseitigung der Stelle eines Assistenten. Abgelehnt wurde der Erlaß eines Gesetzes betreffend die Herstellung von anbaufähigen Wegen und den Anbau zu solchen in der Feldmark von Travemünde und in einzelnen Gemeindebezirken des lübeckischen Landgebiets. Dem Senate wurde das Ersuchen entgegengebracht, eine baldige und eingehende Prüfung der Frage in die Wege zu leiten, welche Ursachen dazu geführt haben, daß die Mietpreise im Ansiedlungsgebiet Kücknitz derartig hohe sind, daß der Zweck, der mit der Schaffung dieses Ansiedlungsgebietes erreicht werden sollte, in Frage gestellt ist.

Die Herstellung einer Verbindung zwischen der zu verlängernden Brockesstraße und dem Hafen bildete am Sonnabend einen Gegenstand der Beratungen des Bürgerausschusses. Es wurde beschlossen, den Senat zu ersuchen, mit tunlichster Beschleunigung eine Vorlage einzubringen, durch welche eine für Fuhrwerk und Straßenbahn eingerichtete Brückenverbindung von St. Lorenz Nord mit dem rechten Traveufer zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung gestellt wird.

Anmeldung schulpflichtiger Kinder. Es wird von der Oberschulbehörde in Erinnerung gebracht, daß die Schulpflicht mit dem auf das vollendete sechste Lebensjahr folgenden Ostern beginnt. Kinder, welche bis zum 30. April 1913 das sechste Lebensjahr vollenden, können ohne weiteres, die, welche zwischen Ostern und Michaelis sechs Jahre alt werden, ausnahmsweise schon zu Ostern nächsten Jahres aufgenommen werden, wenn sie nach einem ärztlichen Zeugnis gesund und kräftig sind. Eltern, die ihre Kinder zu Ostern 1913 in eine städtische oder vorstädtische Volksschule aufgenommen zu sehen wünschen, werden aufgefordert, die Kinder baldtunlichst, spätestens aber bis zum 21. Dezember d. Js. bei dem Hauptlehrer des betreffenden Schulbezirks anzumelden. Bei der Anmeldung ist der Taufschein, in dessen Ermangelung aber der Geburtsschein und bezüglich derjenigen Kinder, die ihr 12. Lebensjahr bereits zurückgelegt haben, der Nachweis der gesetzlichen Wiederimpfung vorzulegen. Die Anmeldung der in die hiesigen Mittelschulen zu Ostern aufzunehmenden Kinder hat vom 2. bis 21. Dezember bei den Hauptlehrern an den Werktagen zwischen 12 und 1½ Uhr zu erfolgen. Bei der Anmeldung ist der Taufschein oder in dessen Ermangelung der Geburtsschein des Kindes und, falls es das 12. Lebensjahr vollendet hat, auch der Schein über die Wiederimpfung vorzulegen. Für solche Kinder, die bereits eine Schule besuchen, ist das letzte Schulzeugnis beizubringen. Nach dem 22. Dezember eingehende Anmeldungen können nur insoweit berücksichtigt werden, als noch Platz vorhanden sein wird.

Der Bau einer Nebenbahn Travemünde-Riendorf wurde vom Bürgerausschuß am Sonnabend der Bürgerschaft gutachtlich zur Mitgenehmigung empfohlen. Es werden aber bereits Stimmen laut, welche betonen, daß durch diese Bahn die Interessen Travemündes und damit Lübecks geschädigt, und die Aussichten für das Projekt Hamburg-Lübeck-Neustadt-Fehmarn-Kopenhagen verschlechtert werden.

Einbruch in der St.-Lorenz-Kirche. Dem „H. C." wird von hier berichtet: In der Nacht vom Donnerstag auf Freitag haben Einbrecher der St.-Lorenz-Kirchen einen Besuch abgestattet, von dem man erst am Sonnabend vormittag Kenntnis erhielt. Die auf dem Altar und in der Sakristei befindlichen wertvollen Kirchengeräte haben die Diebe unberührt gelassen, dagegen alle Opferstöcke erbrochen und den auf 50 bis 60 Mk. geschätzten Inhalt gestohlen. Die Suche eines herbeigeholten Polizeihundes blieb erfolglos.

Die ersten Weihnachtsbäume. Aus den deutschen Wäldern sind die ersten großen Transporte von Weihnachtsbäumen nach den Großstädten abgegangen. Die mittleren und kleineren Orte beziehen ihre Weihnachtsbäume gewöhnlich erst Anfang und Mitte Dezember. In der Großstadt werden schon Ende November bedeutende Mengen größerer Christbäume zur Dekoration von Schaufenstern, zur Aufstellung in den Kirchen sowie für die Festlichkeiten und öffentlichen Weihnachtsfeiern gebraucht. Der kleine Mann kauft sein Christbäumchen erst in den letzten Tagen vor dem Fest. Ihm fehlt meist der geeignete Raum für die Aufbewahrung und oft genug leider auch das nötige Kleingeld, denn bei diesen teuren Zeiten müssen alle nicht ganz notwendigen Anschaffungen nach Möglichkeit hinausgeschoben werden.

Der Handel mit Christbäumen verleiht der Großstadt erst das richtige Weihnachtsgepräge. Allenthalben werden auf Straßen und Plätzen Tannen und Fichten feilgeboten. Selbst die Polizei, die bei jeder Gelegenheit gern betont, daß „die Straße dem Verkehr" dient, macht um die Weihnachtsbäume einen respektvollen Bogen.

Die Versorgung Deutschlands mit Christbäumen hat eine große Bedeutung für die rationelle Forstwirtschaft erlangt. In manchen Waldgebieten bildet der Verkauf junger Tannen und Fichten die Haupteinnahmequelle der Forstbesitzer. Große Mengen von Christbäumen werden noch alljährlich in den Monaten November und Dezember aus Rußland und Österreich-Ungarn importiert. Wie die meisten Handelsartikel ist der Weihnachtsbaum auch ein regelrechtes Spekulationsobjekt geworden. Der Großhandel versteht es auch hier, durch geschickte Begrenzung der Zufuhren die Preise auf eine recht bedeutende Höhe zu treiben. Allerdings ist es wieder bei dieser Spekulation genau so wie an der Börse: den letzten beißen die Hunde! Meist tritt nämlich unmittelbar vor dem Weihnachtsfest ein erheblicher Preissturz ein, da sich dann die Zufuhr der bereits geschlagenen Bäume nicht mehr aufhalten läßt.

Obwohl die deutsche Sitte, am Weihnachtsabend einen Nadelbaum mit Äpfeln, Nüssen, Zuckerwerk, buntem Flitter und Kerzen zu schmücken, heute fast in allen Teilen der Welt, wo Europäer ansässig sind, Eingang gefunden hat, ist dieser Brauch doch relativ jung. Mit der biblischen Erzählung von der Geburt Jesu steht der Christbaum nicht direkt im Zusammenhang. Der heutige Termin des Geburtsfestes Christi wurde bekanntlich erst um die Mitte des 4. Jahrhunderts festgelegt. Das Fest wurde überall in verschiedener Weise gefeiert. Erst nach dem Jahre 1000 bürgerte sich, anknüpfend an die römische Form des Neujahrsfestes, die Austeilung von Geschenken und die Schmückung der Wohnung mit grünen Zweigen ein. Besonders beliebt waren blühende Kirschbaumzweige, die man schon lange vorher künstlich zur Blüte gebracht hatte. In Deutschland ging man bald dazu über, immergrüne Tannen und Fichten zur Ausschmückung zu verwenden. Der Christbaum in der heutigen Aufmachung führte sich erst im 17. Jahrhundert ein. Mit Lichtern wurde er erst im 18. Jahrhundert ausgestattet.

Gegenwärtig knüpft sich an die Ausschmückung des Christbaums eine ganze Industrie. In den idyllischen Walddörfern Thüringens, Sachsens und Schlesiens produziert die — meist schlecht bezahlte — Hausindustrie gewaltige Mengen von Christbaumschmuck. Der starken Verbreitung des Weihnachtsbaums im Ausland ist eine kräftige Steigerung der Ausfuhr von Weihnachtsartikeln gefolgt. Im Jahre 1911 belief sich Deutschlands Gesamtexport an Christbaumschmuck und Kinderspielzeug auf 501 619 Doppelzentner im Werte von 90,11 Millionen Mark. Davon gingen nach den Vereinigten Staaten 181 777 Doppelzentner, nach Großbritannien 121 564 Doppelzentner, Frankreich 22 249 und nach Österreich-Ungarn 17 010 Doppelzentner. Bedeutende Mengen wurden auch nach Belgien, Australien, den Niederlanden, der Schweiz, nach Südamerika und Asien ausgeführt.

Einschränkung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Auf Grund des § 105 b Absatz 2 der Gewerbeordnung wird vom Polizeiamt angeordnet, daß am 8. und 15. und am 22. Dezember 1912 in allen offenen Verkaufsstellen ein Gewerbebetrieb und eine Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern in den Stunden von 7 bis 9 Uhr vormittags und von 11 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends stattfinden darf. Durch diese Anordnung wird der, durch Absatz II a und b der Bekanntmachung vom 31. Januar 1893, betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, festgesetzte frühere Beginn der Verkaufszeit für Backwaren, Konditorwaren, Fleisch- und Wurstwaren, Milch aus festen offenen Verkaufsstellen, Eier, Butter, Schmalz und Fett, Obst, Grünwaren, Fische, Eis und Mineralwasser nicht berührt.

Eine altnationalliberale Liebenswürdigkeit. Unter dieser Überschrift berichtet die „Ostseeztg.": Vor dem Stettiner Schöffengericht wurde die Privatklage des nationalliberalen Generalsekretärs Dr. Mittelmann gegen den Redakteur der „Lübeckischen Anzeigen" Dr. Hansen verhandelt. Dr. H. hatte am 19. Juni d. J. in einem Artikel unter Bezugnahme auf die Aufsätze des Dr. Mittelmann in der „Pommerschen Rundschau" von nichtswürdigen Preßblüten" gesprochen. Dr. Hansen bestritt, die Absicht der Beleidigung gehabt zu haben und behauptete, daß er nur der Sache der Partei habe dienen wollen. Das Gericht erachtete jedoch die fragliche Redewendung als beleidigend, da sich der Angeklagte, wenn er sachlich habe bleiben wollen, anders hätte ausdrücken können und müssen. Dr. H. wurde zu 20 Mk. und zur Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. — Dr. Hansen gehört bekanntlich zu den Wächtern über den Ton der — Sozialdemokratie. Daß er nun gerade von einem seiner Gesinnungsgenossen wegen Beleidigung verklagt werden mußte, entbehrt nicht eines heiteren Beigeschmacks.

Telephonische Berufungseinlegung in Unfallsachen. Von zuständiger Seite ist entschieden worden, daß die Einlegung der Berufung in Unfallsachen auf telephonischem Weg statthaft ist. Diese Entscheidung ist u. a. wie folgt begründet worden: Der Fernsprecher ist in kurzer Zeit zum Gemeingut der ganzen Kulturwelt geworden; er ist ein unentbehrliches Hilfsmittel für den mündlichen Verkehr zwischen abwesenden Personen auf allen Gebieten des menschlichen Denkens und Wirkens; auch im Bürgerlichen Gesetzbuch (§ 147) hat der Fernsprecher deshalb Eingang gefunden. Wenn nun schon auf einem der wichtigsten Gebiete des Rechtslebens der Fernsprecher als Ersatz für die persönliche Anwesenheit der sprechenden Person erachtet wird, so ist bei dem Mangel entgegenstehender Bestimmungen nicht abzusehen, warum nicht in dem schiedsgerichtlichen Verfahren der Fernsprecher die gleiche Bedeutung haben soll. Der Ernst der Rechtspflege leidet nicht darunter; Mißverständnisse und Mißstände bei Benutzung des Fernsprechers gehen auf Rechnung desjenigen, der sich desselben bedient, andererseits werden Täuschungen und Irrungen nicht mehr und nicht weniger vorkommen als im persönlichen und telegraphischen Verkehr.

pb. **Steckbriefling.** Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Lübars, der seitens der Staatsanwaltschaft in Duisburg zwecks Vollstreckung einer Gefängnisstrafe steckbrieflich verfolgt wird.

pb. **Diebstähle in der Markthalle.** Am Sonnabend, dem 30. v. Mts. wurden in zwei Fällen in der Markthalle dort kaufenden Frauen ihre Portemonnaies aus der Handtasche gestohlen. Es wird warnend auf diese Fälle hingewiesen.

pb. **Raub.** Am Sonnabend, dem 30. d. M., ist einem hiesigen Arbeiter auf dem freien Platze an der Fackenburger Allee gegenüber der Sadowastraße von zwei unbekannten Männern im Alter von 20—25 Jahren, die blauen Jackettanzug und blaue Schirmmütze trugen, sein Portemonnaie mit 32 Mark entrissen worden.

Moisling. Gegen Krieg und Kriegsgreuel protestierten am Sonnabend die hiesigen Einwohner in einer sehr gut besuchten Versammlung, in welcher Genosse Bromme-Lübeck referierte.

h. **Rensefeld.** Gemeinderatssitzung. Der Rechnungsabschluß von 1911 wurde vorgelegt und beschlossen, die Prüfung der bis Mitte August laufenden Rechnungen vorzunehmen, damit die Frau des verstorbenen Rechnungsführers endgültig entlastet wird. Zu Rechnungsprüfern bestimmt wurden die Genossen Schmöde und Klünder und Kaufmann Stender. Die Festsetzung des Gehalts des neu zu wählenden Gemeindevorstehers brachte den Agrariern eine arge Enttäuschung. Hatten diese Herren sich schon eine Stunde vor der angesetzten Sitzung zusammengefunden und sich darüber verständigt, daß Gehalt endgültig durchzudrücken, so gelangte doch ein Antrag unserer Genossen, die Stelle ausschreiben zu lassen, zur Annahme. Ein Bürgerlicher, auf den die Agrarier gebaut hatten, enthielt sich der Abstimmung. Es soll in ortsüblicher Weise die Ausschreibung bekannt gemacht werden. Hiernach kann jeder Gemeindebürger, der dazu befähigt ist, bis zum 12. dss. Mts. beim Gemeindevorsteher seine Bewerbung schriftlich einreichen. Die Herren kommen gar nicht aus ihrer Angst heraus. Schon den ganzen Sommer tragen sie sich mit dem Gedanken, daß einer von unseren Genossen aus der Vertretung auf den Thron erhoben werden soll. Es entbehrt aber dieses Gerücht jeder Grundlage und wäre zu wünschen, daß Bewerbungen recht zahlreich eingehen, damit die neuzusammentretende sozialdemokratische Mehrheit nicht gezwungen ist, mit einer rückschrittlichen Leitung zu arbeiten. In Sachen Landankauf wurde auf unseren Antrag beschlossen, mit der Regierung in Eutin zu unterhandeln. Als Delegierte wurden der Genosse Hardt und Zimmermeister Meier bestimmt. Der Generalbericht der Armenkommission, der in eingehendster Weise vom Vorsitzenden vorgetragen wurde, erhielt die Zustimmung des Gemeinderats.

Ratekau. Gemeinderatswahlen. Am Freitag fanden in der Gemeinde West-Ratekau die Gemeinderatswahlen statt. Gleich zu Beginn der Wahlhandlung konnte man schon erkennen, daß der Kampf hart sein würde, denn in großen Scharen strömten die Wähler zur Wahlurne. Auch die Arbeiter taten ihr möglichstes. Zuletzt, als die Bürgerlichen einsahen, daß der Sieg zweifelhaft war, erschien als rettender Engel der Arzt der hiesigen Gemeinde. Mit seinem Auto wurden die letzten Reserven der Bürgerlichen herangeholt. Doch konnte der Geburtshelfer nicht mehr retten, daß eine reine bürgerliche Liste zur Welt kam; denn beide Parteien hatten Stimmengleichheit. Die bürgerliche Liste hatte 183—188 Stimmen, unsere 184—188 Stimmen erhalten. So wurden die meisten Gemeinderatsmitglieder durch das Los bestimmt. Von unserer Liste ziehen drei Kandidaten in das Gemeindeparlament ein, darunter leider nur ein Parteigenosse. Wenn wir auch diesmal den Sieg noch nicht davon getragen haben, so können wir doch mit dem Erfolg zufrieden sein. Hatten wir doch 1908 nur 90—92 Stimmen, 1910 bei dem Kompromiß mit den Liberalen 140 Stimmen, jetzt aus eigener Kraft 184—188 Stimmen. Weiter muß man in Betracht ziehen, daß uns kurz vor der Wahlbewegung zwei große Lokalen abtrünnig wurden und uns dadurch die Abhaltung von Versammlungen unmöglich gemacht war. An den Parteigenossen liegt es nun, unermüdlich weiter zu agitieren, damit der letzte Mann Mitglied der Partei, Leser des Lübecker Volksboten wird. Wenn dann wieder der Wahlruf erschallt, können wir geschlossen an die Wahlurne marschieren und einen vollständigen Sieg erringen.

Wulfsdorf. Eine recht gut besuchte Volksversammlung, an der auch viele Frauen teilnahmen, fand am Sonntag nachmittag im Saale des Herrn Lüth statt. Genosse W. Bromme-Lübeck referierte über das Thema „Krieg dem Kriege". Mit großer Aufmerksamkeit folgten die Besucher den Ausführungen des Redners, der ihnen außer den Schrecken des Krieges auch die Ursachen auseinandersetzte und die auswärtige Politik der Großmächte in leicht faßlicher Weise aufrollte, die leicht zu dem grauenhaften, schrecklichen Weltkrieg führen könne. Das Referat wurde mit starkem Beifall belohnt. Der Genosse Martin forderte dann noch zur Erwerbung des Bürgerrechts auf, um jetzt schon für die nächstjährige Bürgerschaftswahl zu rüsten. Dann folgte Schluß der Versammlung.

Hamburg. Schiffsbrand. Der Dampfer „Silesia", dessen Ausreise nach China für Sonntag morgen 6 Uhr vorgesehen war, ist in der Nacht von einem schweren Feuer betroffen worden, der einen Teil der Ladung im Hinterschiff vernichtete, einen andern Teil beschädigte. Gegen 2½ Uhr nachts nahm ein Wachtposten wahr, daß Qualm aus der Windhutzen des Achterdecks herausschlug, ein Zeichen, daß im Laderaum Feuer ausgebrochen war. Bei Beginn der Löscharbeiten standen der Unterraum, das Spardeck und das Zwischendeck in Flammen. Der intensive Rauch und die gewaltige Hitze, die der Löschmannschaft entgegenschlugen, vereitelten den Versuch, den eigentlichen Brandherd aus unmittelbarer Nähe zu bekämpfen. Trotz angewandter Schutzmaßregeln war ein längeres Verweilen in den glühenden Räumen, in denen fortgesetzt Explosionen der zur Ladung gehörenden Konservendosen und in Kisten verpackten Flaschen mit Spiritus erfolgten und Stichflammen emporschlugen, unmöglich. Deshalb setzte man den Laderaum unter Wasser und pumpte es nachher wieder aus. Bevor dies Stadium der Löscharbeiten eintrat, waren die äußeren Schiffswandungen glühend geworden und ebenso das eiserne Schott, das den brennenden Raum von der Proviantkammer trennt. Infolgedessen griff auch das Feuer hierher über. Erst in den vorgerückten Vormittagsstunden war das Feuer bewältigt. Die Ladung war aus allen möglichen Einzelgütern zusammengesetzt. Im unteren Raum lagen u. a. Salpeter, Koks, die erwähnten Kisten mit Spiritus in Flaschen, Hausstandsgeräte aus Holz und Eisen und noch vieles andere mehr. Die Entstehungsursache des Feuers ist nicht zu ermitteln gewesen. Als ein großes Glück muß es betrachtet werden, daß das Feuer noch vor der Ausfahrt aus dem Heimathafen und nicht auf hoher See zum sichtbaren Ausbruch gekommen ist. Es kann kein Zweifel bestehen, daß die Besatzung, die der gewaltigen Feuersbrunst machtlos gegenüber gestanden haben würde, das Schiff hätte verlassen müssen. Trotzdem nur etwa der fünfte Teil des Dampfers vom Feuer betroffen worden ist und ein Teil der unter Wasser gesetzten Ladung später wieder verwendet werden kann, ist der Schaden dennoch beträchtlich.

Kiel. Ein schrecklicher Unfall. Die bei der Firma Bachstein beim Erweiterungsbau des Kanals beschäftigten Arbeiter Meyer und Frankowsky hatten sich am Freitag Vorschuß auszahlen lassen und den Tag über stark gekneipt. Als sie darauf abends im betrunkenen Zustande sich einfanden, um ihre Nachtschicht anzutreten, wurden sie vom Schachtmeister zurückgewiesen. Beide begaben sich darauf nach Suchsdorf, um dort noch mehr zu zechen. Spät abends kehrten sie von dort nach Knoop zurück. Sie nahmen ihren Weg am Geleise der Bahn der Firma Bachstein entlang. In ihrer Betrunkenheit müssen sie sich dann an einer Böschung auf dem Geleise zum Schlafen niedergelegt haben. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß sie niedergefallen sind und in ihrem Zustand außerstande waren, sich wieder zu erheben. Zwischen 12 und 1 Uhr wurden sie von einem Kippzuge überfahren. Meyer, dem beide Beine abgefahren worden sind, verstarb auf der Stelle. Frankowsky wurde zwar zur Seite geschleudert; er hat jedoch einen Schlüsselbeinbruch sowie schwere innere und Verletzungen am Kopf erlitten. Der Sanitätswagen brachte ihn nach der Chirurgischen Klinik in Kiel, während die Leiche Meyers nach dem Pathologischen Institut übergeführt wurde. Beide Verunglückte stammen aus Westpreußen.

[] **Rüstringen.** Bei den Stadtratswahlen gelang es unseren Genossen und den bürgerlichen Demokraten nicht, ihre Stimmenzahl zu behaupten; sie verloren dadurch ein Mandat.

Bremen. Pastoren und sozialdemokratische Demonstrationen. Am Sonntag, 17. November, hat die bremische Arbeiterschaft eine Friedensdemonstration veranstaltet. Nach den Versammlungen zogen deren Teilnehmer in zwanglosen Gruppen zum Rolandsplatz. Dabei marschierten sie an einigen Kirchen vorbei. Den Pastoren war es offenbar sehr unangenehm, daß sich die Massen vor den Kirchen drängten, während sie in den Kirchen das „Wort Gottes" so gut wie vor leeren Bänken verkünden mußten. Die St. Petri-Domkirche hat, wie jetzt bekannt wird, unter dem 18. November an die bremische Polizeidirektion eine Eingabe gerichtet, in der auf ein Schreiben des Pastors Bezug genommen wird, der sich über „die Störung des gestrigen Hauptgottesdienstes durch die sozialdemokratischen Kundgebungen auf dem Marktplatz" beklagt. Die Verwaltung der Domkirche will zwar „keine formelle Beschwerde erheben", bittet aber „für die Zukunft bei der Genehmigung derartiger Veranstaltungen auf unsere Gottesdienste wohlwollende Rücksicht nehmen zu wollen". Das wird die Polizei freilich nicht tun können, denn die Arbeiterschaft kommt nicht erst um polizeiliche Genehmigung ein, wenn sie in zwanglosen Gruppen auf den Straßen demonstrieren will. Das müssen die frommen Herren wissen. Rufen sie nichtsdestoweniger nach polizeilichem Schutz so wecken sie den Verdacht, daß sie es nicht ungern sehen würden, wenn die Polizei gegen die Demonstranten mit Gewalt vorginge. Also, Polizeisäbel heraus aus der Scheide!

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Sie sind im Irrtum, liebe Frau!

Ich kenn' die Sache ganz genau:
Palmona sie ersetzt fürwahr
Die beste Butter ganz und gar,
Dafür ist sie in Stadt und Land
Bei Arm und Reich bereits bekannt.
Und selbst der allerschwächste Magen
Er kann Palmona wohl vertragen.
Drum ich als Arzt, ich sage frei:
Palmona oder Butter? – Einerlei!

H. Schlinck & Cie. A.-G.
Hamburg
Alleinige Producenten von
Palmin = Pflanzenfett
Palmona = Pflanzen-Butter-Margarine

IVO PUHONNÝ

1390

Bienenfleiß

rein deutsche Honigarten und Raffinade, ohne die minderwertigen Zusätze gewöhnlicher Surrogate.

5441

Eine die Verdauung regelnde, wohlschmeckende **Nahrung** für gesunde und magen- und darmkranke **Säuglinge** und **blutarme Kinder.**

Zu haben in Apotheken und Drogerien.

2386

Ein Sieg der deutschen Industrie!

2 Pfg. das Stück

Oriental. Tabak- u. Cigaretten-Fabrik Yenidze, Dresden — Inh: Hugo Zietz, Hoflieferant S. M. d. Königs v. Sachsen

5448

Als passende Weihnachtsgeschenke

empfehlen wir für Kinder jeden Alters, sowie für Erwachsene:

Div. Jugendschriften, Märchenbücher, Kochbücher, Bilderbücher
in großer Auswahl, unzerreißbare auf Pappe und andere auf Papier.

Gesellschaftsspiele in 30 verschiedenen Mustern
von **60** Pfg. bis **1.80** Mk.

Fr. Reuters Werke	3.— Mk.	Freiligraths ausgew. Werke	3.— Mk.
Ch. Dickens ausgew. Werke	3.— Mk.	Sven Hedin, Von Pol zu Pol	3.— Mk.
Schillers ausgew. Werke	4.— Mk.	Hagenbeck, Von Tieren u. Menschen	6 Mk.
Hauffs ausgew. Werke	3.— Mk.	Div. Gerstäcker-Romane	1.30 Mk.

Schwartz: Bilder aus Lübecks Vergangenheit 3 Mk.
Französ. Revolution, auf Kunstdruckpapier, reich illustriert ..... 3 Mk.
Napoleon, auf Kunstdruckpapier ..... 3 Mk.
Bebels Leben, I. und II. Teil ..... zusammen 5 Mk.
Geschichte der deutschen Sozialdemokratie . 3.50 Mk.

Aus der internationalen Bibliothek:

Deutscher Bauernkrieg ..... 3.50 Mk.
Deutsche Revolution ..... 3.50 Mk.
Geschichte der Erde ..... 3.50 Mk.
Geschichte der Kommune ..... 2.50 Mk.
Gesundheitspflege des Weibes ..... 2.50 Mk.

Etienne Cabet, Revolution und Konter-Revolution, ländliche Arbeiterfrage, engl. Gewerkschaftsbewegung
u. a. m. pro Band **1.50** bis **3** Mk.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46.

Hansa-Theater.

Direktion: **Gebr. Gollbach.** Telephon 610.

Anfang 8½ Uhr.

Gastspiel **Harry Bienenstein,**
der urkomische Kölsche Tünnes mit seinem vorzüglichen Burlesken-Ensemble. (5440

Die größte Weltattraktion des 20. Jahrhunderts, Katie Loisset, der weibliche

Sylvester Schäffer.

Ludwig Puls, der bekannte Lübecker Humorist, sowie die übrigen erstklassigen Spezialitäten.

Zigarren

100 Stück 4^{20} 4^{50} 4^{70} Mk.

Carl Wittfoot,
4741 18 Hüxstraße 18.

Vereinigte Butterhändler
von Lübeck und Umgeg.

Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfd. **1.50** Mk. (5442

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 4. Dezember
abends 8 Uhr,

in der Stadthalle:

10. volkstümliches Konzert

(Orchester 52 Musiker.)

Leitung:
Kapellmeister **Wilhelm Furtwängler.**

Solisten: die Herren Moser (Harfe) Szanto (Violine) und Corbach (Cello).

Zur Aufführung kommen u. a.:
Aufforderung zum Tanz — C. M. v. Weber.
Ouverture zu „Der fliegende Holländer" — R. Wagner.
Syrische Suite — E. Grieg.
Potpourri aus „Der Mikado" — O. Sullivan.

Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger. 5424

Achtung!

Jeden Dienstag und Freitag: Verkauf auf dem Brolingplatze von frischen Seefischen aller Art, feinster Fischkarbonade Pfd. 40 Pfg. Hamburger Stint, Pfahlmuscheln.
Emilie Boy, Königstraße 61.
Markthallenstand 46. 5439

Neues Stadttheater.

Dienstag, 3. Dezember 1912
67. Vst. i. V.-Ab. 12. Vst. i. Dienst.-Ab.
Anfang 7½ Uhr. Ende geg. 10½ U.
Der Evangelimann.
Musikal. Schauspiel v. Wilh. Kienzl.
Große Preise. (5430

Mittwoch, den 4. Dezember 1912.
Außer Abonnement. Mittelpreise.
Autolieschen.
Burleske Operette von Jean Gilbert.
Mittelpreise.
In Vorbereitung: **Der Schmuck der Madonna.**
Oper von Wolf-Ferrari.

Visiten-Karten empfiehlt die Buchdruckerei von **Friedr. Meyer & Co.**

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 282. Montag, den 2. Dezember 1912. 19. Jahrg.

Russische Intrigen in Armenien.

Mit jedem Tage mehren sich die Nachrichten über die russischen Truppenansammlungen im Kaukasus und an der türkischen Grenze; in dem türkisch-persischen Grenzgebiete am Urmia-See, um dessen „Integrität" die russischen Räuber so besorgt sind, daß sie schon im Winter ihre Truppen dort stationiert und die wichtigsten Punkte befestigt haben, finden geheimnisvolle Truppenverschiebungen statt; englische Reisende bestätigen, daß die russische Regierung, unter Umgehung aller internationalen Verträge, darunter des englisch-russischen Vertrages von 1907, in diesem Gebiete Kriegsvorbereitungen trifft, die Zivilverwaltung an sich reißt usw. Diese offenkundigen Okkupationsvorbereitungen nehmen intensiv zu, seitdem die türkische Regierung unter dem Druck der russischen Diplomatie ihre Truppen von der persischen Grenze zurückgezogen, den größten Teil der von ihr im Urmia-Gebiete besetzten Punkte räumt und ihre anatolische Grenze stark entblößt hat. Hand in Hand mit diesen militärischen Maßnahmen, die, durch die Schwächung der Türkei im Balkankriege ermöglicht, die russischen „Kompensations"-Ansprüche mit jedem Tage steigern, geht eine unverkennbare Agitation der russischen Emissäre in Türkisch-Armenien vor sich. Genosse Parvus hat schon vor einigen Wochen in einem seiner Konstantinopler Briefe darauf hingewiesen, daß die armenischen Bauern im Vilajet Wan (an der russischen Grenze) von geheimnisvollen Personen besucht werden, die sie zu einem Aufstande aufzureizen suchen. Allerdings — so fügen diese Emissäre hinzu — würden die Kurden den Aufstand anfangs unterdrücken und viele Armenier niedermetzeln. Aber dann würde Rußland einen Anlaß zur Einmischung haben, und durch die Angliederung Türkisch-Armeniens den Leiden des armenischen Volkes ein Ende setzen . . .

Um diese Tätigkeit der untergeordneten Organe der russischen Regierung in das richtige Licht zu rücken, sei nachstehend das hochoffiziöse Interview mit dem kaukasischen Statthalter Graf Woronzow-Doschkow angeführt, das vor kurzem in der „Nowoje Wremja" veröffentlicht wurde. In krassem Widerspruch mit der traditionellen Haltung dieses berüchtigten Hetzblattes, das sonst die kaukasischen Völker, die Georgier, Armenier usw., als die ärgsten Feinde des Staates verfolgt, singt der verantwortliche Leiter der russischen Politik im Kaukasus ein Loblied auf die Georgier und Armenier und niemand von den bewährten Hofhunden des Nationalismus und Chauvinismus riskiert auch nur ein Wort der Kritik gegen diese Abweichung vom nationalistischen Programm. Die Georgier? O, sie sind zwar leicht entflammte Leute, aber von einer feindseligen Haltung gegenüber Rußland findet sich bei ihnen keine Spur. Die georgischen Sozialdemokraten sind alles weniger als Separatisten, sondern die Verreter einer Partei, die ihre Direktiven aus dem Innern Rußlands erhält! Die Armenier? „Dies ist ein liebliches, religiöses, sittliches, vernünftiges und nüchternes Volk, das ausgezeichnet begreift, welchen Wert die starke russische Gewalt für sie besitzt. Diese Gewalt schützt seine Arbeit und seinen Besitz und gibt allen ihren nationalen Kräften, die in den mohammedanischen Ländern gefesselt sind, die Möglichkeit, sich frei zu entfalten. Und die Armenier sind dankbare Freunde Rußlands innerhalb wie außerhalb Transkaukasiens!"

Dieser plötzliche Zärtlichkeitsausbruch des russischen Statthalters gegen die bisher mit Füßen getretenen „Fremdstämmigen": gegen die georgischen Sozialdemokraten, die zu Tausenden eingekerkert und deportiert werden und gegen die Armenier, denen die von der Regierung begünstigten Pogrome in Baku usw. noch frisch im Gedächtnis haften, findet seine Erklärung ausschließlich in den neuerwachten Raubgelüsten des Zarismus nach Türkisch-Armenien, wo der Zar, der blutbesudelte Unterdrücker Finnlands, Polens und Rußlands, die Rolle des „nationalen Befreiers" der Armenier zu spielen gedenkt.

Genosse Elmar, ein guter Kenner der kaukasischen Verhältnisse, schreibt hierzu in dem sozialdemokratischen „Lutsch": „Das morsche Gebäude der alten Türkei stürzt zusammen, und die guten Nachbarn, die nahen wie die fernen, halten bereits Umschau nach einem geeigneten Beuteteil. Unter den verschiedenen Möglichkeiten hebt sich am Horizont auch die „Ausbesserung" der russisch-türkischen Grenze von seiten Armeniens und Urmias ab. In einem solchen Augenblick denkt man unwillkürlich an die Gefühle, die die systematische volksfeindliche Hetze des „Nationalismus" bei allen „Fremdvölkern" auslösen mußte. In einem solchen Augenblick dämmt man notgedrungen die Polenhetze ein, und beginnt man mit den Tataren, Georgiern und Armeniern zu kokettieren."

Kann und wird dieses raffinierte Vorgehen der russischen Diplomatie Erfolg haben? Trotz der instinktiven Abneigung gegen das zarische Rußland, scheinen die armenischen Politiker, die von einem Groß-Armenien unter russischem Protektorat träumen, geneigt zu sein, den Intrigen des Zarismus Vorschub zu leisten, für die das armenische Volk schließlich selbst die Zeche wird bezahlen müssen. Um so größer ist nun die Gefahr, die aus den Aspirationen des russischen Imperialismus in Vorderasien zu entstehen droht.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, 30. November 1912.

74. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstische: Dr. Delbrück, Dr. Lisco.

In namentlicher Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag, wonach der Reichstag aussprechen soll, daß die Behandlung der Teuerung durch den Reichskanzler der Anschauung des Reichstags nicht entspreche, mit 175 gegen 140 Stimmen bei 9 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Es folgt die erste Lesung der Vorlage über Schiffszusammenstöße, Bergung und Hilfeleistung in Seenot.

Staatssekretär im Reichsjustizamt Dr. Lisco: Die Vorlage ist die Ausführung eines am 31. Mai 1911 vom Reichstag angenommenen internationalen Übereinkommens.

v. Böhlendorff-Kölpin (K.) empfiehlt den Entwurf, der nur formale Bedeutung habe, ohne Kommissionsberatung zu erledigen.

Dr. Semler (NL.) wünscht ein internationales Eisenbahnübereinkommen zur Abkürzung der Zollabfertigung an den Grenzen. Weshalb sind die Türkei und China in das Seenotübereinkommen nicht einbezogen?

Dr. Herzfeld (Soz.) stimmt dem Gesetz zu. Wir freuen uns, daß wir zu einem einheitlichen Seerecht kommen. Schade, daß solche internationale Verträge nicht auch über die Abrüstung und die Abschaffung des Seebeuterechts getroffen werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es sollten auch internationale Schutzmaßregeln in bezug auf die Ausrüstung der Schiffe zur Verhütung von Unglücksfällen abgeschlossen werden. Endlich wünschen wir, daß die Regierung und der Reichstag unseren wiederholt abgelehnten Anträgen auf Erweiterung des seemännischen Arbeiterrechts Rechnung tragen. (Beifall bei den Soz.)

Ein Kommissar teilt mit, daß die Türkei und China an den Verhandlungen trotz Einladung nicht teilgenommen haben. Der Beitritt zu den Übereinkommen steht ihnen aber frei.

Nachdem noch Dr. Heckscher (Vp.) für den Entwurf gesprochen, wird dieser in erster und zweiter Beratung angenommen.

Es folgt die erste Beratung der Vorlage, die die Herstellung, den Verkauf und das Indenverkehrbringen von Kindersaugflaschen mit Rohr oder Schlauch und aller Bestandteile derartiger Kindersaugflaschen verbietet.

Rühle (SD.): Die heutige namentliche Abstimmung hat den Massen erneut gezeigt, daß die Mehrheit des Hauses samt der Regierung nicht den Willen haben, der Bevölkerung zu helfen und ihre durch die Teuerung verschlechterte Lage zu bessern. (Lebh. Oho! rechts und in der Mitte.) Sie sind nur zu Vertuschungsmaßregeln nach dem Rezept der weißen Salbe bereit. Die Säuglingssterblichkeit gehört zu den beschämendsten Blättern in dem großen Buch der deutschen Kulturschande. (Entrüstete Rufe rechts und in der Mitte. Präsident Kämpf ruft den Redner zur Ordnung.) Von der Säuglingssterblichkeit kann man mit dem Zungenschlag des Herrn Giesberts sagen, man müsse sich schämen, ein Deutscher zu sein. (Lärm rechts und in der Mitte, Zuruf: Sie sind gar kein Deutscher!) Der Entwurf verschleiert und verschweigt, statt offen über die Säuglingssterblichkeit zu sprechen. In Deutschland übertrifft die Säuglingssterblichkeit die fast aller Kulturstaaten. Der Präsident des Reichsgesundheitsamtes hätte bei seiner Besprechung der Teuerung das feststellen müssen. In diesem Hause ist einmal gesagt worden: Deutschland in der Welt voran. Wir haben uns aber daran gewöhnen müssen, daß Deutschland immer nur dann voranmarschiert, wenn es sich um Dinge der Unkultur handelt. (Stürmische Unterbrechungen rechts und in der Mitte, Präsident Kämpf ruft den Redner zum zweiten Male zur Ordnung.) Die Regierung verschweigt, daß es die Kinder des Proletariats sind, die von der Säuglingssterblichkeit betroffen werden. Die Vernachlässigung der Sauglinge ist eine Sünde, die sich gegen die Zukunft des Volkes kehrt. (Unruhe rechts und in der Mitte, Zust. b. d. Soz.) Wenn die Säuglingssterblichkeit auch zum großen Teil auf Verdauungskrankheiten zurückgeht, worauf sich ja dieser Gesetzentwurf gründet, so ist sie doch auch mindestens in demselben Maß eine Folge des Wohnungselends und der gesamten sozialen Verhältnisse. (Sehr war! b. d. Soz.) Der Einfluß der Hitze ist in kleinen Räumen und in engen Straßen weitaus größer als bei offener Bauweise. Schon 1888 starben im Frankfurter Villenviertel 15 Proz. der Säuglinge, in der Altstadt aber mit ihren engen Straßen 37 bis 43 Proz. (Hört, hört! bei den Soz.) Ähnliche Daten kommen aus München, Dresden, Leipzig und Chemnitz. Mit keinem Wort geht aber die Regierung auf die sozialen Ursachen der Säuglingssterblichkeit ein. Wir sind uns darüber einig, daß die Muttermilch die beste Ernährung der Säuglinge ist. Stillprämien allein tun es aber nicht, denn es hat sich gezeigt, daß man nahezu alle Frauen stillfähig machen kann unter der Voraussetzung, daß sie unter günstigen Verhältnissen leben, sich pflegen und erholen können. Die Mehrheit dieses Hauses hat aber im Gegensatz dazu die Wucherpolitik, den ungeheuren Steuerdruck auf die Massen gelegt und es an einer wirklich ausreichenden Sozialpolitik fehlen lassen. Selbst für den Erfolg der künstlichen Ernährung sind die sozialen Verhältnisse von größtem Einfluß. Der Regierung hat es an Anregungen zu energi-

Das Ende vom Lied.

Sozialer Roman von Wilhelm Blos.

(3. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Das sollen Sie sofort erfahren," erklärte der Tischler. „Sie sehen in mir den Burgvogt in höchsteigener Person."

„Ei," meinte darauf Hermine, „da will ich doch nicht hoffen, daß der gestrenge Herr Burgvogt zwei müde und verirrte Pilger von seiner Schwelle weist?"

Der Tischler strich sich den Bart.

„Des Burgvogts Gastfreundschaft ist den Pilgern sicher," antwortete er, „wenn sie ihnen nur genügt. Doch Spaß beiseite; diese Ruine ist von einem gewissen Baron von Heinen angekauft worden, der sich drüben in den Prairien des Nordamerikanischen Westens beim Pelzhandel ein Vermögen gemacht hat. Er mag die Rothäute schön übers Ohr gehauen haben; man sagt, er habe die schönsten Pelze für ein „Feuerwasser" eingehandelt, das der letzte Hinterpommer nicht hätte trinken dürfen, ohne Leibschneiden zu bekommen. Nun will er in seinem Barons- und Parvenü-Bewußtsein auch eine Burg haben, und da sollen ihm in diesem alten Eulennester Gemächer hergerichtet werden. Ich soll mit dem Lehrjungen und mit den zwei Knechten hier das gröbste aus den Räumen hinwegschaffen, die noch nicht allzu sehr bröckelige Mauern haben, und soll sehen, was da zu machen ist mit der Einrichtung und wie man die alten Löcher etwa möblieren könnte. Wenn die Leute nicht wissen, was sie mit ihrem Gelde anfangen sollen, so haben sie sonderbare Launen. Ich was gehts mich an, ich mach's eben und kriege meinen Lohn dafür. Die Firma wird auch ein schönes Stück Geld dabei verdienen."

„Aber solch eine Arbeit geht doch über die einfache Tischlerei," warf Hermine ein.

„Das tut nichts," antwortete der Tischler, „ich habe mich schon noch in einigen anderen Hantierungen umgesehen und meine Firma vertraut mir solche Sachen immer an, wenn es sich ums Einrichten und Möblieren handelt. Deshalb sind wir hier. Wir haben heut im Rittersaal drüben etwas aufgeräumt. Bis jetzt waren wir im Keller; nun wollten wir in dieser Turmstube hier unser Abendbrot einnehmen und uns für die Nacht einrichten."

„Da stören wir Sie zu sehr," meinte Hermine.

„O nein," antwortete er, und die beiden Knechte, die sich bereits gehalten und dem Gespräch zugehört hatten, versicherten dasselbe und wiederholten: „O nein, o nein!" Der Lehrjunge hielt sich beiseite.

Herr Meyer war damit nicht zufrieden.

„Aber wir werden uns gewiß erkälten in unsern nassen Kleidern," klagte er.

Der Tischler sah ihn etwas verwundert an.

„Da ist freilich guter Rat teuer," meinte er dann. „Aber nach Hause können Sie auch nicht. Der Regen wird sobald nicht aufhören. Und Sie werden auch den Weg nicht kennen. Da müßte einer von uns mit."

„In der Nacht würden wir uns wieder verirren," entgegnete Hermine. „Aber ich kann bei solchem Wetter auch von niemandem verlangen, daß er uns begleitet."

Da trat der Jörg vor und sprach:

„Ich wüßte wohl einen Rat und möchte auch gern gut machen, daß ich vorhin so ein Hitzkopf und Brausewind gewesen bin. Aber ich fürchte, es möchte dem vornehmen Fräulein nicht gefallen."

„Nur heraus damit!" drängte Hermine.

„Sehen Sie," sagte Jörg aufatmend, „ich hab einen Schatz im nächsten Städtchen, die ist aus meinem Dorfe, ein sauberes Mädel, so groß wie das Fräulein. Sie ist bei einem Kaufmann im Dienst und will dort sich soviel ersparen, daß wir uns eine Stube einrichten und heiraten können."

„Eine Stube?" meinte Hermine.

„Ja, eine Stube, so ist's eben bei uns armen Leuten. Also die Marie muß in ihrem Dienste städtische Kleider tragen. Da war aber im Winter der Karneval und da hab' ich sie besucht. Da sind wir in unserer Ortstracht zum Tanz gegangen und die Stadtleute haben ihre Freude an uns gehabt. Marie, hab' ich gesagt, wir sehen doch flotter aus als die Stadtleute, wenn sie uns bei der Maskerade nachmachen. Die Marie war böse, daß ich mehr getrunken hatte, als sie wollte; aber der Jörg kann auch was vertragen. Beim Karneval darf man schon mal ausschlagen."

„Das mein' ich," sagte der Tischler.

„Und heute," fuhr Jörg fort, „hat die Marie die Montur wieder geschickt, die Ortstracht. Ich soll sie nach dem Dorfe bringen, um sie wieder in den Kasten zu tun. Das Bündel hab ich mit heraufgebracht; es liegt drüben in der Kammer neben dem großen Saal. Da nun meine Marie eben so groß ist, wie das Fräulein, so denk ich —"

Hermine klatschte in die Hände.

„Vortrefflich! Unvergleichlich!" rief sie. „Da hat wirklich ein lustiger Burggeist gewaltet. Herr Burgvogt, ich nehme die dargebotene Gastfreundschaft an. Heute werd' ich ein Bauernmädchen aus dem Stitzenbacher Tal sein und den Herren ihre Abendmahlzeit herrichten. Sie sollen mit mir zufrieden sein."

„Das wird nett," sagte der Tischler und der Jörg strahlte vor Vergnügen. Aber Herr Meyer zog ein sehr grimmiges Gesicht.

„Sie werden doch nicht die Bauernkleider anziehen," raunte er Hermine zu.

Der Jörg hatte ein scharfes Ohr und fing die Worte Meyers auf. Ein Zornesblitz brach aus seinen ehrlichen Augen und er rief:

„Wenn dem Herrn die Gewandung guter Dorfleute nicht paßt, so mag er seine nassen Fetzen anbehalten. Wir sind saubere Leute und halten auf dieses Sonntagsgewand. Und obendrein hat die Marie alles hübsch ausgewaschen."

„Beruhigen Sie sich," sagte Hermine, „ich tue mit und Herr Meyer wird auch mittun." Sie sagte die letzten Worte in einem Tone, der jeden Widerspruch ausschloß. „Und nun," fuhr sie fort, „bitte ich, mir das Bündel herüber zu schaffen und einen Tisch hier herein zu stellen, wenn einer vorhanden. Herr Meyer wird sich drüben umkleiden und die Herren werden mich dann wohl eine kleine halbe Stunde allein lassen, bis ich mit meinen Vorbereitungen fertig bin."

Es geschah nach ihrer Anweisung und die ganze männliche Besatzung des alten Schlosses verließ den Turm. Herr Meyer wagte der Anordnung Herminens nicht zu trotzen und verwandelte sich mit vielen Schwierigkeiten in einen Bauernburschen. Er war verdrossen, denn die Maskerade behagte ihm gar nicht; dazu stand ihm der Anzug des derben Knechts nicht so besonders gut und namentlich die Hosen wollten ihm nicht passen, sie hingen gar zu weit um seine Beine. Auch konnte er das Pincenez nicht ablegen, wegen seiner Kurzsichtigkeit, und das sah recht sonderbar aus.

Als die drei Männer und der Lehrjunge sich zur festgesetzten Zeit wieder nach der Turmstube hinüber begaben, standen sie erstaunt vor der Veränderung, die in dem öden Raum vor sich gegangen war. Hermine hatte zwar keinen Tisch erhalten können, aber sie hatte einen solchen hergestellt aus einem sehr breiten Brett und zwei kleinen Bänken, die ihr Jörg herbeigeschafft. In dem Bündel hatte sie ein weißes sauberes Leintuch vorgefunden, in dem frische Wäsche eingeschlagen war; damit hatte sie den improvisierten Tisch gedeckt. Dann hatte sie auf großen grünen Blättern, die ihr Jörg mitgebracht, Butter, Käse und Wurst ausgelegt; einige Messer, die sie in der Eile blank gescheuert, lagen daneben. Dazwischen standen die Krüge mit Apfelwein, deren vermeintlicher Verlust den braven Jörg so sehr erbittert hatte. Alles sah sehr appetitlich und einladend aus, und die Knechte, die an solche Umstände nicht gewöhnt waren, hatten nur zu staunen. Der Lehrjunge begrüßte den Imbiß mit einem fröhlichen Hurra.

Am anziehendsten sah jetzt die freundliche Wirtin selber aus. Jörg sperrte den Mund auf vor Verwunderung, sein Genosse desgleichen, und der blonde Tischler verwandte schier kein Auge von dem reizenden Bauernmädchen, das verstan-

cher Wohnungsreform und durchgreifender Sozialpolitik nicht gefehlt, sie hat aber allen unseren Anregungen stets hartnäckigsten Widerstand entgegengesetzt. (Abg. Ledebour (SD.): Frhr. v. Schorlemer wird Pferdefleisch empfehlen! Gr. Heiterkeit b. d. Soz.), so beim Reichswohnungsgesetz und mit der Mehrheit bei der Reichsversicherungsordnung, als wir Mutter- und Säuglingsschutz und Wöchnerinnenschutz forderten. Den am meisten hilfebedürftigen ländlichen Proletarierinnen haben Sie (zur Mehrheit) Hebammendienst und ärztliche Geburtshilfe vorenthalten und sich dabei hinter das Unannehmbar der Regierung versteckt. Sie sind also mitschuldig an dem Elend, vor dem wir stehen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Jetzt kommt die Regierung mit diesem lächerlich geringfügigen Gesetz. Nach der Begründung, daß man allen Schäden, die aus der Ernährung der Säuglinge entstehen, begegnen wolle, mußte man auf eine große Aktion gefaßt sein, aber die Berge kreißten und ein armseliges Mäuslein, ein Saugflaschengesetz, wird geboren. Das mutet so an, als wenn ein armer Sünder in seiner Todesangst vor der ewigen Verdammnis rasch noch ein Kirchenfenster stiftet. (Sehr gut! b. d. Soz.) Das ist weiße Salbe, ebenso wie die Fleischeinfuhrerlaubnis aus den Ländern des Balkankriegs. Gute billige Milch, für die Allerärmsten, unentgeltliche Milch, ist für Millionen viel wichtiger, als die Frage der Säuglingsflaschen. Indessen verteuern die Agrarier die Milch und verderben sie nicht selten. Da die Arbeiterfrauen vielfach nicht genügend Zeit haben, die Flasche mit Rohr zu reinigen, werden sie auch nicht die Zeit haben, die Flasche ohne Rohr dem Kind beim Saugen zu halten. Man wird daher wohl zu dem Schnuller und Gummisauger zurückkehren! Man bringe den künftigen Müttern hygienische Kenntnisse bei. Schaffen Sie den Religionsunterricht in der Schule ab, dann wird die Zeit dafür vorhanden sein. Frankreich hat das getan, und ist darum weder zugrunde gegangen, noch steht die französische Jugend moralisch schlechter da als unsere. (Widerspruch rechts, Vizepräsident Dr. Paasche ruft den Redner zur Sache.) Da nun, wie sich in Frankreich, wo das gleiche Gesetz besteht, die Erfolge des uns vorgeschlagenen Verbots äußerst gering sind, tragen wir Bedenken, den Ruin über eine ganze Industrie zu verhängen, was die Folge des vorgeschlagenen generellen Fabrikationsverbots sein würde. Wir beantragen Prüfung der Vorlage in einer Kommission von 14 Mitgliedern, erklären aber, daß die Säuglingssterblichkeit nur durch gründliche Sozialreform bekämpft werden kann. Hierin aber haben Sie sich stets am Volk versündigt und dafür wird das Volk einst Vergeltung üben. (Lebh. Bravo! bei den Soz.)

Ministerialdirektor v. Jonquières: Wir haben es hier nicht mit einem Gesetz zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im allgemeinen, sondern nur mit einer einzigen speziellen Maßregel zu tun und ich bitte, das Gesetz daraufhin zu prüfen, ob diese eine Maßregel zweckentsprechend ist. Die Säuglingssterblichkeit kann nur durch das gemeinsame Wirken aller Faktoren, auch der christlichen Liebestätigkeit (Beifall rechts und im Zentrum, Heiterkeit bei den Soz.) bekämpft werden, und ich spreche all diesen Faktoren den Dank für ihre erfolgreiche Tätigkeit aus. (Beifall.)

Sittart (Z.) polemisiert gegen Rühle, dem er die Behauptung in den Mund legt, daß nach Einführung des Zukunftsstaates die Kinder nicht mehr sterben werden. (Sehr gut! und Hrkt. im Ztr., Lachen bei den Soz.) Im Vergleich zur christlichen Charitas haben die sozialdemokratisch verwalteten Gemeinden garnichts geleistet. Dem Abg. Rühle danke ich für das offene Geständnis, daß er den Religionsunterricht abschaffen will. Das deutsche Volk wird das hören. (Sehr richtig! im Ztr., Hrkt. bei den Soz.)

Schulenburg (NL): Abg. Rühle hat das Saugflaschengesetz benutzt, um Haß gegen die heutige Gesellschaftsordnung zu predigen. (Hrkt. und Sehr gut! bei der Mehrheit.) Aber was hat der Religionsunterricht damit zu tun?

Dr. Müller-Meiningen (Vp.): Die christliche Charitas erkenne ich vollständig an, aber bei der Bekämpfung der Säugling-sterblichkeit handelt es sich nicht um eine Betätigung christlicher Gesinnung, sondern um allgemein menschliche Gesinnung. Der Redner empfiehlt dann, was schon Abg. Rühle getan hatte, die Anstellung von Säuglingspflegeschwestern. Auch eine Reichsanstalt zur Erforschung der Säuglingssterblichkeit könnte viel zur Besserung beitragen.

Dr. Burckhardt (WVg.) ist mit Kommissionsberatung einverstanden.

Der Entwurf geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Es folgt die erste Lesung des Postscheckgesetzes.

Staatssekretär Krätke empfiehlt das Gesetz, das durch die rasche Entwicklung des Postscheckverkehrs notwendig geworden sei, und durch Verminderung der Stammeinlage von 100 auf 50 Mk. und Herabsetzung der Tarife dieser Entwicklung Rechnung tragen soll.

Dr. Südekum (SD.): Wenn heute nach 3 Jahren ganze 75 000 Postscheckkonti bestehen, so ist das ein Mißerfolg der Reichspostverwaltung. Der bargeldlose Geldverkehr wird erst dann den angestrebten Umfang erreichen, wenn der Postscheckverkehr so verbreitet ist, wie etwa das Telephon. Die Gebühr von 10 Pfg. für jede Einzahlung hindert aber diese Verbreitung. Sie darf deshalb auf keinen Fall eingeführt werden. Wir widersprechen der Ersetzung der Gebührenfreiheit durch diese Neuerung und beantragen im übrigen Überweisung der Vorlage an die Budgetkommission.

Frl (Z.) tadelt ebenfalls die vorgeschlagene Einführung der 10-Pfg.-Gebühr.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Frommer (K.), Beck-Heidelberg (NL) und Dove (Vpt.) wird der Entwurf der Budgetkommission überwiesen.

Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr: Etat (auswärtige Politik).

Schluß: 2¾ Uhr.

Der Zolltarif und die Balkanstaaten.

Das wirtschaftliche Los der mit Nationalismus jetzt bis an den Rand gefüllten Balkanstaaten ist heute noch völlig unübersehbar, es bleibt aber von außerordentlicher Wichtigkeit, hat doch Deutschland im Jahre 1912 mit der Festlegung des neuen Hochschutzzolltarifes auch zugleich seine Handelsbeziehungen mit den Balkanstaaten abgeschlossen! Diese laufen 1917, also während der Dauer des jetzt tätigen Reichstages ab. Unter den Ländern, mit denen jetzt die Vorbereitungen wegen neuer Handelsverträge geschaffen werden müssen, befinden sich auch Serbien, Bulgarien, Griechenland und Rumänien!

Ganz abgesehen von den besonderen Umständen, die gerade die 1901 abgeschlossenen Handelsverträge zu äußerst wichtigen machen, ist die Erneuerung auch deswegen von entscheidender Bedeutung, weil es sich einmal darum handeln wird, den Hochschutzzoll durch die neu abzuschließenden Verträge abzubauen, und zum anderen Deutschland die Einfuhr der wirtschaftlich nach dem Kriege sicher mit Volldampf vorwärts treibenden Balkanländer ebenso sicher zu stellen wie die Ausfuhrmöglichkeit der deutschen Industrieprodukte nach dort!

Der deutsche Spezialhandel betrug in Ein- und Ausfuhr mit Rumänien, Serbien, Griechenland und Bulgarien

im Jahre 1902: 182,7 Millionen Mark,
im Jahre 1906: 263,7 Millionen Mark,
im Jahre 1910: 233,3 Millionen Mark,
im Jahre 1911: 321,2 Millionen Mark.

Der deutsche Spezialhandel betrug in Ein- und Ausfuhr mit der Türkei in Europa, in Asien und in Afrika, nach diesen drei Gebieten getrennt

Türkei in:	Europa	Asien	Afrika
im Jahre 1907:	70,3 Mill. Mk.	66,3 Mill. Mk.	0,3 Mill. Mk.
im Jahre 1910:	95,3 Mill. Mk.	76,8 Mill. Mk.	0,8 Mill. Mk.
im Jahre 1911:	100,0 Mill. Mk.	84,5 Mill. Mk.	0,4 Mill. Mk.

Von dem Einhundert-Millionen-Handel der europäischen Türkei mit Deutschland wird zum mindesten ein großer Teil der Einfuhr zu uns in die Hände der siegreichen Balkanmächte übergehen. Die afrikanische Türkei kommt als Handelsziffer kaum in Betracht, ist überdies jetzt auch nach Italien zu gewendet. Schon wenn man diese Zahlen betrachtet, wird die Erneuerung der Handelsverträge mit Serbien, Bulgarien, Griechenland und Rumänien äußerst wichtig. Auf blutgedüngtem Acker ist der Weizen des Kapitalismus noch immer üppig emporgeschossen, man denke an das Deutschland nach 1871 und das Rußland nach dem Kriege mit Japan, überdies im besonderen auch an Japan. Die Balkanstaaten liefern und werden auf absehbare Zeit auch nur Rohprodukte und Halbfabrikate liefern. Rumänien brachte 1911 für rund 78 Millionen Mark Getreide nach Deutschland, Serbien, Bulgarien und Griechenland neben Obst auch noch für etliche Dutzend Millionen Mark Eier. Sicher nichts zum Vergleich zu den Ziffern Rußlands und anderer Staaten, mit denen Deutschland im Großhandel steht, aber doch für Deutschland durchaus nicht so ohne weiteres entbehrlich!

Die Art der Einfuhrprodukte der Balkanstaaten, die in nichts von denen verschieden sind, wie sie Rußland einführt, zeigt uns aber gleich, wo wir die schärfsten Gegner vernünftiger Handelsverträge haben werden. Alles was im Deutschen Reichstage rechts und bis weit in die Mitte sitzt, wird sich mit Händen und Füßen gegen die vernünftig durch Handelsverträge geregelte Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte wehren!

Zudem schlummert in der Beratung der neu abzuschließenden Handelsverträge auch ein großes Quantum internationalen Konfliktstoffes. Gerade die Balkanstaaten werden sich mit ihrem gesteigerten Nationalbewußtsein nicht mehr von den deutschen Junkern so behandeln lassen, wie sie es 1902 getan haben.

Auch wirtschaftlich ist das Balkanproblem nur in dem Sinne zu lösen, wie es die Sozialdemokratie will, auf der Basis: der Balkan den Balkanvölkern!

Das Frauenstimmrecht marschiert.

Neuyork, den 15. November 1912.

Ostwärts wandert der Stern des Frauenstimmrechts. Einer der am 5. November von den amerikanischen Frauen eroberte Staaten der Union, der bedeutendste zumal, nämlich Michigan, wird von den Leuten an der Pacific-Küste schon direkt zu den Oststaaten gezählt, und es ist besonders der — wenn auch mit geringer Mehrheit erzielte — gänzlich unverhoffte Sieg in diesem alten und als konservativ verschrienen Staate, der die amerikanischen Frauen zum Jubel stimmt, denn nachdem nun ein Keil in den — dem Frauenstimmrecht bisher völlig verschlossenen — Osten hineingetrieben ist und einer der „großen Staaten" kapituliert hat, sehen sie einen raschen Siegeszug durch die ganze Union voraus. Ja, eine der bürgerlichen Führerinnen verirrte sich gar zu der Erklärung: „Wir können jetzt ruhig die Hände in den Schoß legen, denn in allen anderen Staaten wird das Frauenwahlrecht nun von selber kommen." Wenn solcher Optimismus auch gefährlich über das Ziel hinausschießt, so zeugt doch die Haltung der gesamten, selbst der reaktionärsten Presse und aller Parteien seit dem Wahltage und das Wahlergebnis an und für sich dafür, daß die Sache der Frauen einen tüchtigen, vielleicht entscheidenden Schritt vorwärts getan hat, und der alljährliche Straßenumzug, den die Neuyorker „Suffragetten" unter hervorragender Beteiligung unserer Genossinnen wenige Tage nach der Wahl unternommen haben, gab von der veränderten Situation demonstrative Kunde. Vierzigtausend Frauen mögen es gewesen sein, die auf dem Marsche waren, und vier- bis fünfhunderttausend Personen begrüßten diesmal die Kämpferinnen auf ihrem Marsche mit Beifall, wogegen es früher vielmehr der höhnende Unverstand der Massen war, der den marschierenden Frauen begegnete. Das Prestige des Erfolges, das nun einmal nirgends schwerer wiegt, als in den Vereinigten Staaten, hat sicherlich zu diesem Umschwung in hohem Maße beigetragen, und dieselbe Ursache wird die Bewegung jetzt auch rascher weitertragen, wozu noch die bereits in Frauenhänden befindliche reale Macht kommt, die bei allen künftigen Entscheidungen einen viel stärkeren Druck auf die Herren der politischen Schöpfungen ausüben wird, als bisher davon die Rede sein konnte. Nachdem zu den alten Frauenstimmrechts-Staaten Utah, Idaho, Wyoming und Colorado im vergangenen Jahre Kalifornien und Oregon, Kansas, Arizona und Michigan getreten sind, verfügen die amerikanischen Frauen über mehr als ein Siebentel der Stimmen im Elektoren-Kollegium — 70 von 473 — das die formelle Wahl des Präsidenten vorzunehmen hat, und da sie mehr als ein Fünftel der Staaten der Union — 10 von 48 — gewonnen haben, jeder Staat aber im Bundes-Senat mit zwei Stimmen vertreten ist, so ist der Einfluß der Frauen auf die Zusammensetzung des Oberhauses der Volksvertretung noch größer als das Gewicht der von ihnen beherrschten Mandate im Elektoren-Kollegium. (In der Volkskammer zu Washington, deren Sitze nicht gleichmäßig auf die einzelnen

---

den hatte, dem Turmgemach eine solche Behaglichkeit zu verleihen. Hermine sah auch wirklich reizend aus.

Unter der schwarzen Flügelhaube und zwischen den breiten Bändern, die unter dem Kinn eine Schleife bildeten, nahm sich ihr Gesichtchen doppelt frisch und rosig und das Stumpfnäschen noch einmal so keck aus. Die schwarzen Augen leuchteten in aller Fröhlichkeit. Die Büste umschloß ein rotes Mieder, aus dem oben das gefältelte Hemd hervorquoll, fest bis zum Hals hoch hinauf geschlossen; die Ärmel waren ganz kurz und ließen die schöngeformten weißen Arme frei. Ein dunkler faltenreicher Rock fiel bis über die Knie hinab und ließ die zierlichen Knöchel in Zwickelstrümpfen sehen. Die Schuhe waren für Herminens Füße ein wenig zu groß, doch taten sie dem ganzen keinen Eintrag.

Jörg war entzückt, wie Hermine so flink hin und her trippelte.

„Meiner Seel, Fräulein" sagte er, „wenn Ihr nur noch lange Röcke mit roten Bändern dran hättet, so würdet ihr schier gar so hübsch sein, wie die Marie."

Hermine mußte lachen.

„Es können eben nicht alle so hübsch sein, wie die Marie," meinte sie.

Hans Meyer sah scheel darein.

„Was ist Ihnen denn?" fragte Hermine unbefangen.

Er antwortete schmollend:

„Vorhin verwiesen Sie es mir, daß ich nur auf Ihre Füße sah, vor diesen hier aber genieren Sie sich nicht in einem Rock, der kaum über die Knie reicht."

„O, Sie Sauerkopf!" meinte Hermine. „Jetzt bin ich eben ein Bauernmädchen, und vorhin war ich eine Dame aus der Weltstadt Wendelsheim."

Ihr gefiel es unter diesen unbefangenen und unverdorbenen Leuten, und solch ein kleines Abenteuer war ihr in dem langweiligen Einerlei ihres Lebens gerade recht.

Sie lagte den einzelnen vor und schenkte ihnen ein; sie freute sich herzlich über ihre teils naiven, teils derben Bemerkungen. Meyer schwieg verstimmt.

„Wann wird denn der Jörg heiraten?" fragte Hermine. Der Knecht kratzte sich hinter den Ohren.

„Das kann noch ein paar Jahre dauern. Wir sind eben gar arme Leut!"

„Aber Ihr werdet glücklich sein auf dem Lande. Dort ist's immer schöner als in der Stadt, dort in der herrlichen freien Natur."

Der gute Jörg schien das nicht zu verstehen; sie aber fuhr fort:

„Alle Dichter, seit den ältesten Zeiten, loben und preisen ja das Landleben."

Jörg schwieg, aber der Tischler nahm das Wort:

„Fräulein meinen es offenbar sehr gut; allein was die Dichter sagen, das sind so hergebrachte Dinge. Das Landleben hat für den Armen gar wenig Reize."

„Wie so?"

„Mit der Sonne steht er auf, der ländliche Tagelöhner, und bis zum späten Abend frönt er in harter Arbeit, sei es nun, daß er auf dem Feld im Sonnenbrand oder im Regen hackt, gräbt, pflügt, sät, schneidet und mäht, sei es, daß er in der Scheune den schweren Dreschflegel schwingt. Ein kärgliches Mahl erwartet ihn in der armseligen Hütte, und auf hartem Lager verbringt er die Nacht, bis ihn der Hahnenschrei ruft, sein mühsames Tagewerk gegen geringe Entlohnung von neuem zu beginnen. Wer nur ein paar Morgen sein eigen nennt, ist kaum besser daran; der große Bauer und der Gutsbesitzer freilich, denen mag das Landleben gefallen, wie die Dichter singen."

Hermine sah den Tischler sinnend an. Er sprach ohne Erregung und mit sanftem Ton, aber seine Augen leuchteten. Der Mann kam ihr interessant vor, und seine Worte regten in ihr neue Gedanken an. In der Idylle ihres Lebens hatte sie sich nur wenig, vielleicht gar nicht mit den Schattenseiten der gesellschaftlichen Zustände befaßt, und hatte die Welt als ein bunterbiges Gemälde, wie sie ihre Dichter ausgeschmückt, in sich aufgenommen.

„Ach ja," meinte sie dann, „alles hat seine zwei Seiten. Ich weiß wohl, daß es den armen Leuten überall schlimm geht. Man spricht heute so viel davon. Aber es geschieht auch viel gegen das Elend. Die Wohltätigkeit ist eine Mode geworden und die reichen Leute wetteifern darin."

In des Tischlers Augen flammte es auf; dann sprach er so ruhig wie vorhin:

„Leider nur eine Mode, die mit dem Herzen gar oft so wenig zu tun hat und nur darauf berechnet ist, der eigenen Eitelkeit wohl zu tun."

Hermine wurde ernst.

„Sie sind bitter," entgegnete sie, „aber es ist wahr, was Sie sagen, leider ist es wahr!"

„Es ist ein trauriger Gedanke," fuhr er fort, „daß es eine Wohltätigkeit gibt gegenüber der Arbeit, der doch eigentlich der erste Platz gebührt in der menschlichen Gesellschaft. Alle Gelehrten sind darüber einig, daß ihr alle die herrlichen Errungenschaften der Kultur zu verdanken sind. Wir sind fortgeschritten, aber nicht gar weit. Im Altertum war die Arbeit eine Schmach, heute ist sie ein Aschenbrödel."

„Aber haben sich nicht viele durch Fleiß und Intelligenz hinaufgebracht, und steht dieser Weg nicht einem jeden offen?"

Er sah sie mit einem Blick, schier wie Bedauern, an.

„Die Emporgekommenen," sprach er, „sind wenige; sie haben eine Speiche des Glücksrades erfaßt und sind emporgeschleudert worden. Die Millionen aber, deren Arbeit den täglichen Bedarf der Gesellschaft deckt, müssen drunten bleiben in der Tretmühle, dumpf und stumpf, im Elend."

„Sie sind ein Pessimist," rief Hermine.

Wieder flammte sein Auge auf, der Ton seiner Stimme wurde wärmer.

„O nein," meinte er, „das bin ich nicht, Pessimisten sind nur jene, welche nicht glauben, unsere Zustände könnten von Grund aus gebessert werden."

Meyer, Jörg und die anderen hatten bisher schweigend zugehört; jetzt aber nahm Meyer bedächtig sein Pincenez ab, fuhr mit dem Aermel seiner Jacke darüber und sagte:

„Meine Mama ist eine sehr kluge Frau und sie sagt immer, alle Weltverbesserer seien Wolkenkuckucksheimer."

Der Tischler antwortete nicht, sondern sah lächelnd nach Herminen hinüber; diese meinte:

„Ja, ja, Frau Meyer ist eine kluge Frau!"

Man konnte nicht genau unterscheiden, ob es Ironie war oder nicht.

Dann ward sie plötzlich ernst und sah dem Tischler voll ins Auge:

„Aber Sie hätten es doch nicht nötig, ein gewöhnlicher Arbeiter zu sein; ein Mann wie Sie kann sich doch emporhelfen. Sie haben doch Bildung — —"

Da fuhr er hastig dazwischen.

„Ich weiß schon, was Sie sagen wollen," sagte er wie abwehrend. „Das haben mir schon viele gesagt. Aber ich habe nicht das Zeug, ein Spekulant oder ein Parvenue zu werden. Wer etwas erübrigen kann, um es als Kapital zu verwenden und damit die Arbeitskraft anderer sich dienstbar zu machen, der mag emporklimmen. Ich habe eine Leidenschaft, den Bildungsdrang. Ihr opfere ich meine freie Zeit und meine ersparten Pfennige. Ich kann ohne Neid und Haß mit ansehen, wie andere den Gott Mammon anbeten."

„Sie sind ja ein seltsamer und ein seltener Mensch," meinte Hermine.

„O es gibt viele Arbeiter, die in ihren wenigen Freistunden die Lücken ihre Bildung ausfüllen und ihre sauer ersparten Pfennige dafür aufwenden, statt sich dafür im Wirtshaus gütlich zu tun. Aber der Klasse in ihrem ganzen Umfang, die man als Arbeiter — ich meine im heute gebräuchlichen Sinne — bezeichnet, läßt der tägliche Erwerb keine Zeit übrig. Die Abhängigkeit von den Schwankungen des Arbeitsmarktes rollt wie eine wuchtige Walze über ihre Bildungsbestrebungen hinweg. Glauben Sie mir, auch ich habe das schwer empfunden!"

„Ach, erzählen Sie!" rief Hermine.

(Fortsetzung folgt.)

Staaten verteilt, sondern auf Grund einer Wahlkreiseinteilung nach der Bevölkerungszahl vergeben werden, ist das Verhältnis den Frauen ungünstiger.) Die bürgerlichen Parteihäupter im Osten können das Frauenstimmrecht unter solchen Umständen nicht mehr als bloße „Experimente“ zu betrachten vorgeben. Über dieses Stadium ist die Bewegung endgültig hinausgewachsen, nachdem sie — mit dem Siege in Oregon — an der ganzen Pacific-Küste triumphiert und so bedeutende und volksreiche Staaten wie Kalifornien und Michigan erobert hat. Wichtiger fast noch ist nach dieser Richtung übrigens die Annahme des Frauenstimmrechts-Amendements in Kansas. Dort besaßen die Frauen das Gemeindewahlrecht bereits seit 1887, und erst am 5. November dieses Jahres haben die Männer von Kansas das Frauenstimmrecht staats- und nationalpolitisch vervollständigt. Während des dazwischenliegenden Vierteljahrhunderts, besonders aber während der letzten Jahre konnte man in der reaktionären Presse immer wieder lesen, daß Kansas seines Frauenstimmrechts überdrüssig sei und die Frauen selber gar keinen Gebrauch davon machen, und die Abschaffung des kommunalen Mitbestimmungsrechtes der Bürgerinnen von Kansas wurde immer wieder als eine beinahe fertige Tatsache bezeichnet. Kansas hat jetzt die Antwort darauf gegeben. In mehr als einem Staate steht eine Entscheidung für oder gegen die Frauen für die nächsten Jahre mit Sicherheit bevor. So werden die Bürger Nevadas schon im nächsten Jahre über einen Verfassungszusatz, der den Frauen politische Mündigkeit gibt, abzustimmen haben. In Hampshire und South Dokate scheint man ebenfalls soweit zu sein. In Wiskonsin und Ohio werden die Frauen den Kampf, den sie in diesem Jahre wesentlich dank der geistigen Armseligkeit des eingesessenen deutschen Bierphilistertums verloren haben, schon im nächsten Jahre wieder aufnehmen. Schließlich kommt dann Anno 1915 der „Empire State“, Neuyork, an die Reihe. Nachdem die siegreiche demokratische Partei sich in ihrer „Wahlplattform“ verpflichtet hat, das Wahlrecht der Frau bei der nächsten Gelegenheit einem Referendum zu unterwerfen, kann hier die Entscheidung nicht länger warten lassen, und ein Sieg in Neuyork wäre der endgültige Triumph im ganzen Lande.

Aus der Partei.

Der dritte Kreistagsabgeordnete. Bei der in Höhscheid (Kreis Solingen) vorgenommenen Wahl eines Kreistagsabgeordneten wurde unser Genosse Albert Freund, Scherenschleifer, mit 12 gegen 10 Stimmen gewählt. Mit ihm zieht der dritte Sozialdemokrat als Abgeordneter in den Kreistag für den Kreis Solingen.

Haussuchungen und kein Ende. Wie schon berichtet, fand Freitag morgen im Düsseldorfer Pressebureau für Rhein-Land-Westfalen eine Haussuchung nach der Agitationsbroschüre „Der Militarismus, — ein Segen oder ein Unglück für das Volk“ statt. Wenige Stunden darauf haussuchte die Polizei im Düsseldorfer Parteisekretariat nach derselben Broschüre, fand aber nicht ein einziges Stück. Damit nicht genug, wurde am Nachmittag bei einem jüngeren Genossen — während dieser sich auf der Arbeitsstelle befand — Haussuchung nach der Broschüre gehalten, aber ebenfalls kein Exemplar gefunden. Statt dessen nahm man eine Broschüre, betitelt „Imperialismus oder Sozialismus“ mit. Das Bezeichnende dabei ist, daß der betreffende Genosse in der Partei keinerlei Funktionen bekleidet; er hat früher einmal die „Arbeiter-Jugend“ ausgetragen, was auch der Polizei bekannt war. Man nimmt also offenbar an, daß die kleine Broschüre für die Jugend bestimmt war! Doch noch immer war die Polizei nicht zufrieden. Sonnabend vormittag erschien sie im Düsseldorfer Volkshause und wollte eine Durchsuchung des ganzen Gebäudes mit seinen zahlreichen Gewerkschaftsbureaus vornehmen. Schließlich aber begnügte man sich mit einer Haussuchung im Druckereibetriebe unseres Parteiblattes nach den Platten zu der Broschüre. Gefunden wurde natürlich nichts, da die „staatsgefährlichen Dinger“ längst wieder eingeschmolzen waren.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein mißlungenes Bubenstück. Aus Salem (Amerika) kommt die erfreuliche Meldung, daß die Geschworenen die wegen des Mordes angeklagten Genossen Ettor, Giovannitti und Caruso freigesprochen haben. Das schändliche Bubenstück, Arbeiterführer unter Mordanklage zu stellen, der niederträchtige Versuch, sie dem Henker auszuliefern, weil ein Polizist eine streikende Arbeiterin zu Lawrence erschoß, ist also gescheitert. Die Anklage war ein verbrecherisches Monstrum, eine ungeheuerliche Umkehrung der elementarsten Rechtsbegriffe. Aber in Amerika war es nicht ausgeschlossen, daß sie durchdrang. Auch auf diesem Gebiete ist die Union das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, und die Macht der großen Unternehmervereinigungen reicht weit. Auf ihren Befehl hin hat die feile Justiz die ungeheuerliche Anklage aufgebaut. Die Arbeiterführer, die die Textilsklaven von Lawrence, diese verachteten und mißhandelten Ausländer (zu einem großen Teile Italiener wie die Angeklagten) zu einem zähen Kampfe gegen das Kapital organisiert hatten, sollten um jeden Preis vernichtet werden. Der Plan ist nicht gelungen, die Beute ist den Dollarpatriaten ebenso entgangen wie die Genossen Haywood und Moyer, gegen die man einst eine ähnlich niederträchtige Anklage geschmiedet hatte. Der empörte Protest des amerikanischen Proletariats, dem sich in den letzten Tagen noch der Internationale Sozialistenkongreß zu Basel anschloß, hat auf die öffentliche Meinung gewirkt. Die Befreiten, die vor Gericht in tapferster Weise ihre Sache vertreten haben — „Tötet mich, die Sache des Proletariats marschiert doch!“ — einer von ihnen den Richtern ins Gesicht — grüßt das internationale Proletariat.

Die Lohnrevidierungen in der westfälischen Tabakindustrie. Eine der Hauptbedingungen der westfälischen Tabakarbeiter bei Beendigung der großen Aussperrung war die, daß die Fabrikanten durch den Vorstand des Westfälischen Zigarrenfabrikanten-Vereins das Versprechen abgaben, im Januar dieses Jahres eine freiwillige Lohnrevidierung, zwar im Sinne einer freiwilligen Lohnaufbesserung, vorzunehmen. Von freiwillig vorgenommenen Lohnerhöhungen haben allerdings die Tabakarbeiter nicht viel wahrnehmen können. Erst nachdem die Tabakarbeiter, soweit sie im Deutschen Tabakarbeiter-Verband organisiert sind, entweder selbst oder durch die Gauleitung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes sich an die einzelnen Firmen gewandt hatten, um diese an ihr Versprechen zu erinnern, sahen sich die Unternehmer veranlaßt, Lohnerhöhungen vorzunehmen. Freiwillig sind nur in ganz vereinzelten Fällen von Fabrikanten Lohnverbesserungen vorgenommen worden. Jetzt ist es darum auch erst möglich, ein einigermaßen abschließendes Bild von den Lohnrevidierungen zu geben. Nach einer vom Tabakarbeiter-Verband gemachten Aufstellung haben 76 Firmen in 188 Betrieben Lohnaufbesserungen vorgenommen. Eine größere Anzahl Mitglieder des Westfälischen Zigarrenfabrikanten-Verbandes hat also noch keine Lohnrevidierungen vorgenommen, trotz des seinerzeit bei Beendigung der Aussperrung gegebenen Versprechens, freiwillig Lohnaufbesserungen schon im Frühjahr d. J. vorzunehmen. Durch die Einigkeit der freiorganisierten Tabakarbeiter ist es aber gelungen, für Tausende Tabakarbeiter Lohnerhöhungen zu erzielen. Ferner gelang es dem Verband, mit 14 Firmen in Westfalen Tarifverträge im laufenden Jahre abzuschließen. Als ein wichtiges Merkmal dieser Lohnbewegung muß aber auch hier noch einmal festgestellt werden, daß der Christliche Tabakarbeiter-Verband es abgelehnt hat, gemeinsam mit dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband die berechtigten Forderungen der Tabakarbeiter auf Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu vertreten. Damit hat sich der Christliche Tabakarbeiter-Verband selbst gerichtet. Verkannt darf nicht werden, daß die Lohnrevidierungen in Westfalen bei weitem nicht einen Ausgleich zu schaffen vermögen für die durch die verteuerte Lebenshaltung gestiegenen Ausgaben. Eine allgemeine Lohnerhöhung werden sich die Tabakarbeiter Westfalens erst noch erkämpfen müssen, um diesen Ausgleich zu schaffen und um ihre eigene Lebenshaltung zu verbessern. Dies wird den Tabakarbeitern möglich sein, wenn sie versuchen, mehr denn je ihre wirtschaftliche Interessenvertretung, den Deutschen Tabakarbeiter-Verband, durch rege Organisations- und Agitationsarbeit zu stärken.

Lohnbewegung der Handzwicker in Pirmasens. Das große Schuhgewerbe in Pirmasens steht wiederum vor einem partiellen Streik. Die Zwicker hatten Forderungen eingereicht; die Unternehmer machten jedoch so minimale Zugeständnisse, daß die Zwicker sich genötigt sahen, die Kündigung einzureichen. Sonnabend war die Kündigungszeit abgelaufen. In 30 Betrieben, von denen 22 dem Unternehmerverband angehören, haben 311 Zwicker im Betriebe und 148 Heimzwicker Forderungen eingereicht. Durch Unterhandlungen wurde in 15 Betrieben mit 135 Fabrik- und 80 Heimzwickern eine Einigung erzielt. In 15 Betrieben mit 176 Fabrik- und 68 Heimzwickern wird der Streik zur Tat werden, weil eine Einigung nicht erzielt werden konnte. In Betracht kommen nur noch Verbandsbetriebe. Soweit festgestellt werden konnte, haben 12 von diesen Firmen am Sonnabend ihren sämtlichen Maschinenarbeitern und Fertigmachern gekündigt; es kommen zirka 250 Arbeiter in Betracht. Vielleicht kommt es im Laufe dieser Woche auch in diesen Betrieben noch zu einer Einigung. Zuzug ist fernzuhalten.

Die bischöfliche Interpretation der Gewerkschafts-Enzyklika.

Die päpstliche Autorität ist bedenklich ins Wanken geraten. Nicht nur, daß der Papst durch seine Gewerkschafts-Enzyklika seine frühere Verurteilung der interkonfessionellen Organisation katholischer Arbeiter zurücknehmen mußte, auch an der Form dieser Enzyklika wird gedreht und gedeutet, um das daraus zu machen, was die christlichen Gewerkschaften brauchen.

Der christliche Gewerkschaftssekretär Stegerwald machte als Referent über die päpstliche Enzyklika auf dem außerordentlichen Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Essen folgende Mitteilungen:

Von der Beunruhigung, die durch die unterschiedliche Auslegung der Enzyklika innerhalb der christlichen Gewerkschaften entstanden sei, hat der Bischof Dr. Schulte in Paderborn Kenntnis bekommen, und er hat über die Enzyklika mit Fürstbischof Kardinal Kopp korrespondiert. Das Resultat dieser Korrespondenz ist eine neuerdings vorliegende Interpretation der Stellen der Enzyklika durch die in Fulda versammelt gewesenen Bischöfe. Diese Interpretation lautet:

1. In dem Satz: „Die soziale Frage und die mit ihr verknüpften Streitfragen über Charakter und Dauer der Arbeit, über Lohnzahlungen, über den Arbeiterstreik sind nicht rein wirtschaftlicher Natur und somit nicht zu denen zu zählen, die mit Hintansetzung der kirchlichen Obrigkeit beigelegt werden können“, ist die letztere Wendung nicht so zu verstehen, als ob die kirchliche Obrigkeit beanspruche, mit der praktischen Erledigung solcher Fragen in den einzelnen Fällen irgendwie befaßt zu werden. Die Wendung besagt vielmehr, daß die Kirche das Recht und die Pflicht habe, zu derartigen Streitfragen, insoweit sie das Sittengesetz berühren, auch ihrerseits Stellung zu nehmen und durch Hinweis auf die richtigen Grundsätze, die in Betracht kommen, den Gläubigen vor sittlich-religiösen Schäden zu bewahren.

2. Der Satz: „Hieraus folgt, daß derartige sogenannte konfessionell-katholische Vereinigungen sicherlich in katholischen Gegenden, wo anzunehmen ist, daß durch sie den verschiedenen Bedürfnissen der Mitglieder genügend Hilfe gebracht werden kann, gegründet und auf jede Weise unterstützt werden müssen“, besteht überall dort als eine Vorschrift des apostolischen Stuhles zu Recht, wo nicht die für Deutschland bezüglich der christlichen Gewerkschaften gemäß den Wünschen der Bischöfe vorgesehene Ausnahmestellung zutrifft. Eine Aufteilung der deutschen Diözesen, deren Bischöfe für ihr ganzes Diözesengebiet um Zulassung der christlichen Gewerkschaften gebeten haben, in solche Gebiete, wo das Feld der Berliner Richtung sein soll, und in andere Gebiete, wo christliche Gewerkschaften existieren dürfen, ist in der Enzyklika durchaus nicht angeordnet worden. Eine solche Aufteilung des Diözesengebietes brächte, was der heilige Vater gerade verhüten will, erst recht Wirrwarr und Unfrieden.

3. Die Mahnung des heiligen Vaters an die Bischöfe, „sorgfältig das Verhalten dieser Vereingungen zu beobachten und darüber zu wachen, daß den Katholiken aus der Anteilnahme an ihnen kein Nachteil erwächst“, erklärt sich in ihrem letzten Teil von selbst und in ihrem ersten aus dem vorhergehenden Satz, an dem sie mit dem Wort „darum“ angeschlossen ist. Es wird niemand den Bischöfen das Recht bestreiten können, sich zu orientieren über irgend welche Organisationen, also auch, ob die hier in Rede stehenden christlichen Gewerkschaften grundsätzlich oder tatsächlich zu Kirche oder kirchlichen Lehren in Gegensatz treten. Die Beobachtungspflicht der Bischöfe bezieht sich nicht auf die wirtschaftliche Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften, sondern darauf, ob den katholischen Arbeitern aus der Mitgliedschaft kein sittlich-religiöser Schaden erwächst.

4. Bei dem Satz: „Sollte unter ihnen noch irgend eine Schwierigkeit entstehen, so ist zu deren Lösung der gewiesene Weg folgender: Sie sollen sich an ihre Bischöfe um Rat wenden, und diese werden die Sache an den apostolischen Stuhl berichten, von welchem sie entschieden wird“, ist nicht gemeint, daß gewerkschaftliche Schwierigkeiten von den Bischöfen dem heiligen Vater zur Entscheidung vorgelegt werden sollen. Es handelt sich vielmehr, wie aus dem Vorhergehenden sich ergibt, lediglich um die päpstliche Mahnung an die deutschen Katholiken, fortan bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten auf dem richtigen Instanzenwege zu bleiben und die Bekämpfung untereinander einzustellen. Es ist fraglos das Recht der Katholiken, in ihren Gewissensangelegenheiten den Rat bezw. die Entscheidung ihrer kirchlichen Oberen einzuholen.

5. Die Wendung im vorletzten Abschnitt der Enzyklika, „wo in Anbetracht der Ortsverhältnisse die kirchliche Obrigkeit es für gut befunden hat, solche Gewerkschaften unter gewissen Vorsichtsmaßregeln zuzulassen“, bedeutet keine Einschränkung gegenüber der generellen Fassung, in der im Abschnitt „in dieser Hinsicht“ die Zulässigkeit der christlichen Gewerkschaften für die deutschen Diözesen erklärt worden ist“.

Stegerwald fügt der Verlesung der bischöflichen Interpretation hinzu: „Ich bin von dem Kardinal Kopp und dem Bischof Dr. Schulte autorisiert, dem Kongreß mitzuteilen, daß diese Interpretation die Auffassung der Fuldaer Bischofskonferenz wiedergibt.“

Dieser zweite Kommentar zur Enzyklika — einen ersten gab die Fuldaer Bischofskonferenz der Enzyklika schon bei der Veröffentlichung mit auf den Weg — zeigt, daß der deutsche katholische Klerus, wenn es das politische Interesse der im Zentrum organisierten Katholiken erheischt, auch eine allerhöchste päpstliche Willensmeinung, ohne viel Umstände beiseite zu schieben sich getraut. Die echt Ultramontanen der Berliner Richtung werden schäumen vor Zorn.

Kommunales.

Wir marschieren! Bei der Stadtverordnetenwahl in Mühlhausen i. Th. wurden acht Sozialdemokraten in das bisher sozialistenreine Stadtparlament gewählt. Zuvor hatte das Oberverwaltungsgericht auf sozialdemokratischen Antrag sechs bürgerliche Mandate für ungültig erklärt. Diese bürgerlichen Stadtverordneten waren an Stelle von sechs Sozialdemokraten, deren Wahl kassiert worden war, als gewählt erklärt worden.

Eine Stadtverwaltung im Dienste der Reaktion. Die Stadtverwaltung von Braunschweig stellte an die dortige Freie Turnerschaft das Ansinnen, den Turnunterricht der Jugend aufzugeben. Als der Arbeiterturnverein diesem Verlangen nicht Folge gab, kündigte der Magistrat ihm die Benutzung der städtischen Turnhalle zum 1. Januar. Der Verein wandte sich beschwerdeführend an die Stadtvertretung. Nun suchte der Magistrat nach Gründen für seine Maßnahme. Mit Hilfe der Volksschullehrer wurde festgestellt, welche Kinder am Turnunterricht der Freien Turnerschaft teilnahmen. Auch die Turnerliederbücher der Jugend mußten die Kinder mit zur Schule bringen. Donnerstag beschäftigte sich die Stadtvertretung mit dieser Angelegenheit. Der Magistratsreferent suchte die Maßnahme des Magistrats zu rechtfertigen und die „Freie Turnerschaft“ als politischen Verein zu stempeln. Hierbei mußte selbst die Resolution des Nürnberger Parteitages über die Jugendorganisation herhalten. Die „liberale“ Stadtverordnetenversammlungsmehrheit sanktionierte hierauf die Kündigung der Turnhalle. Treffender, als durch diese politischen Henkersdienste konnte ihr „Liberalismus“ nicht gekennzeichnet werden.

Das reiche Düsseldorf und die armen Volksschulkinder. Die Stadt Düsseldorf ist die Stadt der Ausstellungen, der Kongresse und des Reichtums. Mit gutem Geschick versteht man es dort, Ausstellungen zu arrangieren — wie jüngst die Städte-Ausstellung mit ihrem Kongreß für Städtewesen — und mit ihnen alle möglichen Tagungen von Industriellen, Gelehrten usw. zu verbinden, bei der sich die Stadt als festliche Gastgeberin nicht lumpen läßt. In allen möglichen Tonarten wird dann bei diesen Gastereien von den Repräsentanten der herrschenden Klasse der fortschrittliche kommunale Geist der Stadt Düsseldorf gepriesen. Wie sich dieser „Geist“ aber den Kindern der Armen, den Volksschulkindern gegenüber betätigt, davon gibt eine Verfügung der Schulverwaltung Kunde, die dieser Tage den Leitern der Volksschulen zugestellt wurde und die im wesentlichen folgendes besagt:

„Verfügung betreffend Frühstücksverteilung an bedürftige Schulkinder. Um einen Anhalt zu haben, in welchem Verhältnis bei der im kommenden Winter stattfindenden Frühstücksverteilung die Zahl der Kinder auf die einzelnen Schulen zu verteilen ist, ersuche ich um Mitteilung bis zum 5. Dezember, wieviele arme Kinder für die Verabreichung von Milchfrühstück in der Schule vorgeschlagen werden. Es wird schon jetzt darauf hingewiesen, daß infolge der beschränkten Mittel die Zahl der im vorigen Jahre zugelassenen Kinder um die Hälfte gekürzt werden muß. Es dürfen also nur die allerbedürftigsten Kinder vorgeschlagen werden. . . . Der Oberbürgermeister.
Städt. Schulverwaltung. J. A.: Schmitz, Stadtschulrat.“

Die Stadt Düsseldorf, die für einen einzigen, wenige Tage währenden Kongreß der Scharfmacher der Metall-Großindustrie über 20 000 Mark für Bewirtung usw. aufwendete, hat also angeblich nicht die Mittel, in den Zeiten der gegenwärtigen Teuerung derselben Zahl von armen Kindern ein Milchfrühstück zu verabreichen, wie im Vorjahre. Als in der sozialistenreinen Stadtverordneten-Versammlung ein liberaler Lehrer deshalb die Verwaltung interpellierte, bekam er zur Antwort, die Etatsmittel reichten nicht aus, im nächstjährigen Etat würde ein höherer Betrag eingestellt. Damit gab sich die Versammlung zufrieden — auch die Arbeitervertreter des Zentrums schwiegen —, und das, obwohl der Stadtkassenetat mit mehreren Hunderttausend Mark Ueberschuß abschließen wird.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Polizeispitzel zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Das Breslauer Schwurgericht verurteilte am Freitag den Polizeispitzel Josef Pufka wegen Raubes, verbunden mit Tötung eines Menschen, zu lebenslänglichem Zuchthaus, Ehrverlust und — o Ironie — zur Stellung unter Polizeiaufsicht. Nach seinen eigenen Angaben hat der Verurteilte durch seine Polizeispitzeleien durchschnittlich 5 Mark pro Woche verdient.

Aus Nah und Fern.

Duellwut. Die „Neue Gesellschaftliche Korrespondenz“ hat vor einigen Tagen eine Meldung verbreitet, die von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ scharf dementiert wurde, wobei der Ausdruck „unlautere Börsenmanöver“ mit unterlaufen ist. Dadurch fühlte sich der Herausgeber der genannten Korrespondenz beleidigt, er drohte nicht nur der „Nordd. Allg. Ztg.“ mit einer Beleidigungsklage, sondern er schickte auch einen höheren Offizier a. D. zu dem Preßdezernenten des Auswärtigen Amtes, Geheimrat Dr. Hammann, um für seine verletzte Ehre Genugtuung zu verlangen. Geheimrat Dr. Hammann war so vernünftig, daß er es ablehnte, die geforderte Genugtuung zu geben, namentlich, weil er für die Nachrichten, die das Pressebureau des Auswärtigen Amtes herausgibt, persönlich nicht verantwortlich gemacht werden könne. Ob bei dem Prozeß, den der Herausgeber der „Neuen Gesellschaftlichen Korrespondenz“ gegen die „Nordd. Allg. Ztg.“ angestrengt hat, etwas herauskommt, erscheint mindestens sehr zweifelhaft.

Frauenmord in Halle. Aus Rache hat gestern in Halle a. S. ein junger Mann einen Mord verübt. Der 26jährige Arbeiter Born ermordete in Halle a. d. S. die 82jährige Witwe Enghardt, die ihn des Diebstahls bezichtigt hatte. Der Mörder zertrümmerte der alten Frau durch zahllose Hammerschläge die Schädeldecke. Er wurde verhaftet.

Verschwundene Gerichtsakten. Das Dortmunder Schöffengericht hatte im vorigen Jahre einen Butterhändler wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zu Gefängnis und außerdem zu 1000 Mk. Geldstrafe verurteilt. Nach einiger Zeit stellte es sich heraus, daß die Akten verschwunden waren. Eine Strafvollstreckung war deshalb nicht möglich. Die Ermittelungen wurden wiederholt, und vor einigen Tagen stand ein neuer Termin an, aber die neuen Akten, die der Dezernent am Tage zuvor noch in Händen gehabt hatte, waren wieder verschwunden, als die Gerichtsverhandlung beginnen sollte. Der Termin mußte deshalb abermals aufgehoben werden. Auch am Bochumer Amtsgericht sind in einer Strafsache gegen denselben Butterhändler die Akten entwendet worden.

Mord und Selbstmord während einer Autofahrt. Freitag nacht tötete in Karlsruhe der Zigarettenfabrikant Sommer seine 21jährige Braut Margarete Scherer bei einer Automobilfahrt in der belebten Kaiserstraße durch mehrere Revolverschüsse. Darauf erschoß sich Sommer selber. Eifersucht soll das Motiv zu der Tat gewesen sein.

Schreckensszene im Arbeitshause. Im Arbeitshause in Pfalzburg i. Els. überfielen zwei Sträflinge den Arbeitshausaufseher Oberle, fesselten ihn und steckten ihm dann einen festen Knebel in den Mund. Der eine der beiden Sträflinge ergriff hierauf ein Küchenmesser und wollte damit dem verhaßten Aufseher den Hals durchschneiden, woran er jedoch von dem zweiten Sträfling durch gütliches Zureden noch rechtzeitig verhindert wurde. Dann zogen die beiden Sträflinge dem gefesselten Aufseher die Kleider aus, nahmen ihm die Schlüssel ab und entkamen mit Hilfe dieser Schlüssel ungehindert aus der Anstalt. Trotzdem man den gefesselten Strafanstaltsaufseher sofort auffand, ihn aus seiner mißlichen Lage befreite, und die Verfolgung der Flüchtlinge sofort aufnahm, konnte man bisher doch noch nicht die geringste Spur derselben auffinden.

Ein Festtag der Erben. Ein trauriges Ende hat in Neuyork eine geizige Millionärin gefunden. In einem elenden Raum, in dem sie seit vielen Jahren in Gemeinschaft mit 15 Katzen hauste, wurde die 70jährige Octave Friedrich, die über ein Vermögen von 5 Millionen Dollars (21 Millionen Mark) verfügte, tot aufgefunden. Frau Friedrich war durch ihren Geiz berüchtigt und führte ein kärgliches Dasein. Sie war stets nur von ihren Katzen umgeben. Der Tod ist durch Kohlengasvergiftung eingetreten.

Der Taifun auf den Philippinen. Eine Depesche aus Manila besagt, daß es infolge der telegraphischen Störungen unmöglich sei, einen Überblick über die furchtbaren Verluste zu gewinnen, die der letzte Taifun verursachte. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten sind auf Samar und Leyte 260, in anderen Gebieten 50 Personen getötet worden. — Wie der Gouverneur der Philippinen meldet, zerstörte ein Taifun am 25. November die Orte Tacloban und Capiz. Der Gouverneur hat Schiffe zur Hilfeleistung dorthin abgesandt. Die Verlustziffern teilt die amtliche Depesche nicht mit. Anderen Meldungen zufolge sind **fünfzehn- bis siebzehntausend Menschen** (!) getötet oder verletzt worden.

Schreckliche Leiden eines Missionars. Aus Queenstown trifft die Nachricht von dem Eintreffen eines Missionars in Sydney, Canada ein, nachdem er eine schreckliche 84tägige Leidenszeit hinter sich hatte. Reverend Percy Broughthon aus London, der auf der Reise zu den Eskimos im Baffin-Land war, verlor seinen Weg und mußte zwei Tage lang barfuß über die Eisfelder laufen, um das nächste Eskimodorf zu erreichen. Er war so vollständig erschöpft und seine Füße waren derart erfroren, daß er nicht imstande war, sich auf den Füßen zu halten. Auf Händen und Knien kriechend erreichte er das Dorf. Man brachte ihn in eine Eskimohütte, wo er ohnmächtig zusammenbrach. Um Hilfe wurde nach der Missionsstation von Lac Harbour geschickt und am nächsten Tage wurde er nach dort geschafft. Drei Monate lag er dort unter furchtbaren Schmerzen. An seinem rechten Fuß waren sämtliche Zehen erfroren, die ihm schließlich von dem Koch der Station amputiert wurden. Ein Arzt unternahm dann noch zwei weitere Operationen.

Ein Fabrikbesitzer als Massenmörder. In Buffalo ist der reiche Besitzer einer chemischen Fabrik, J. F. Hickey, wegen der Ermordung einer Anzahl Kinder verhaftet worden. Er hat sich bisher nur des Mordes eines Neuyorker Zeitungsverkäufers und eines anderen Knaben namens Joseph Josephs schuldig bekannt, aber die Polizei ist, wie von Neuyork telegraphiert wird, der Meinung, daß er weit mehr derartige Verbrechen auf dem Gewissen hat. Hickey hat sich selbst verraten, indem er den Eltern der ermordeten Knaben Briefe zusandte, in denen er die Greueltaten in den Einzelheiten schilderte. Er bekennt jetzt, daß er die Mordtaten in einem deliriumartigen Zustand beging, um am nächsten Tage mit unsagbarer Reue zu erwachen.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. Die Wallenstein-Trilogie von Friedrich Schiller gelangte gestern abend an unserer städtischen Bühne zur Aufführung. Es ist das ein Experiment, welches sowohl an die Schauspieler als auch an die Aufnahmefähigkeit des Publikums die größten Anforderungen stellt. Elf Akte sind des Guten denn doch beinahe zuviel. „Wallensteins Lager", „Die Piccolomini" und „Wallensteins Tod", die drei Teile der Trilogie gehören zusammen; sie bilden ein einheitliches Ganzes, und deshalb ist der Versuch, sie an einem einzigen Abend zur Darstellung zu bringen, durchaus verständlich. In Mannheim und Hamburg hat ein solcher Versuch Erfolg gehabt, wenn auch verschiedene Bedenken, die sich in der Hauptsache gegen unvermeidliche Kürzungen des gewaltigen Werkes richteten, nicht ganz unbegründet erscheinen. Aber der Gewinn, Schillers tiefstes und dramatisch wirksamstes Werk in seiner ganzen monumentalen Größe ohne Zerreißen des Zusammenhanges zu schauen, ist demgegenüber nicht niedrig anzuschlagen.

Die gestrige Wiedergabe der Trilogie vermochte zwar nicht alle Wünsche restlos zu befriedigen, aber sie verdient in ihrer Totalität doch hohes Lob. Kleinere Stockungen sind in einer sechs Stunden dauernden Vorstellung kaum ganz zu vermeiden. Herr Oberregisseur Brunow hatte sich seiner großen Aufgabe durchweg in bester Weise entledigt. Im „Lager" herrschte ein so lebendiges Durcheinander, wie es dem Dichter wohl vorgeschwebt haben mag. Auch die beiden Hauptteile der Trilogie zeigten das Walten der kundigen Hand, die auf ein präzises Ineinandergreifen aller Räder der komplizierten Darstellungsmaschinerie bedacht war. Die Ausstattung, die im Bankett bei Terzky vielleicht noch etwas prunkvoller hätte sein können, war durchweg angemessen; der Szenenwechsel ging so schnell von statten, wie die Raumverhältnisse es zulassen. Den Wallenstein spielte Herr Nhil vom Deutschen Schauspielhaus als Gast. Das tragische Schicksal dieses Mannes, der von der Höhe seiner Macht und seines Ruhmes so tief gestürzt wird, wurde von dem Hamburger Künstler mit der Größe des Genies gestaltet: bezwingend und erschütternd. Den Max Piccolomini gab Herr Schürer sehr temperamentvoll, aber nicht immer verständlich. Als Oktavio Piccolomini war Herr Tröndle zu farblos. Gut gezeichnete, wirkungsvolle Figuren schufen die Herren Schweisguth (Illo), Heydecker (Isolani) und Beyer (Wrangel und Questenberg). Der Buttler des Herrn Nowak hätte noch fanatischer erscheinen müssen; auch beeinträchtigte verschiedentlich der singende Tonfall den Eindruck seiner Leistung. Frl. Wulke war eine Thekla von gewinnender Anmut. Die Damen Laudien (Herzogin von Friedland) und Pfliegl (Gräfin Terzky) waren tüchtige Vertreterinnen ihrer Rollen. Im „Lager" taten sich Herr Albert (Kapuziner), Brunow (Wachtmeister) und Hoß (wallonischer Kürassier) besonders hervor. Von den Herren Schürer und Berton (Jäger) war dagegen wenig zu verstehen. Das Publikum zeigte sich nicht immer auf der Höhe. In „Wallensteins Tod" störten Leute, welche eine Pause gemacht hatten, obwohl keine vorgesehen war, das ganze Spiel. Lebhafter Beifall lohnte die Mitwirkenden nach jedem Fallen des Vorhanges. Um Mitternacht senkte sich die Gardine zum letzten Mal. P. L.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 30. November.

Bauern-Butter Pfd. 0,00—1,40 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,50 Mk., Hasen 3,50-4,50 Mk., Enten 3,50—4,50 Mk. Hühner 1,60—2,50 Mk., Küken Stück 1,40—2,30 Mk., Tauben Stück 60—70 Pf., Gänse Pfd. 85-90 Pfg., Schinken Pfd. 1,20 Mk., Schweinskopf pr. Pfd. 60 Pfg., Wurst, geräuchert, Pfd. 1,30—1,60 Mk., Eier Stck. — u. 12 Pfg., Kartoffeln 10 Pfd. 40 bis 50 Pfg., Spargel 1. Sorte — Pf., 2. Sorte — Pf., 3. Sorte — Pfg., Blumenkohl der Kopf 20—60 Pfg., Kirschen, hiesige, Pfd. — Pfg., eingeschickte, Pfd. — Pf. **Lebende Süßwasserfische:** Schleie, Portionsschleie Pfd. 1.40. größere Pfd. 0,00—1,20 Mk., Karpfen, größere Pfd. 1,00 Mk., kleinere 90 Pfg., Aal, große Pfd. 1,00 Mk., mittlere Pfd. 80 Pfg., kleine Pfd. 60 Pfg., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Hechte, große Pfd. 60 Pfg., mittel Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 60 Pfg., Brachsen, gr. Pfd. 60— Pfg., kleine Pfd. 50 Pfg., Aland Pfd. — Pfg., Rotaugen, große Pfd. 25 Pfg., kleine Pfd. 15 Pfg., Krebse Pfd. — Pfg. **Salzwasserfische:** Dorsche, lebende Pfd. 30—35 Pfg., frische Pfd. 25 Pfg., Butte, größere Pfd. 30 Pfg., kleinere 20 Pfg., Steinbutt, lebende Pfd. 100 Pfg.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 30. November.

Auftrieb 1600 Schweine. Markt schlank geräumt.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., —,— bis 84,— (—,— bis 67,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 83,— bis 84,— (66,50 bis 67,— Mk.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 83,— bis 84,— (64,50 bis 65,50 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 83,— bis 84,— (64,50 bis 65,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 75,— bis 81,— (57,00 bis 61,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 79,— bis 81,— (63,— bis 65,—) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 72,— bis 78,— (56,00 bis 61,—) Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Verkauf lebender Butt
vom Boot aus
am Dienstag, dem 3. Dezember 1912
von vormittags 8 Uhr ab an der 5427
Holstenbrücke und Hüxtertorbrücke.

Umsonst!

Zur schnellen Einführung von Ragoda.

Damit auch die kleinen Haushaltungen schon bis Ende ds. Js. wertvolle Geschenke auf unser beliebtes und bestbewährtes selbsttätiges Schnellwasch- und Bleichmittel Ragoda erhalten können, geben wir gegen Gutscheine von 5 Pfd. bis Ende ds. Js. (1913 gegen 10 Pfd.) unter anderen
1 hochfeine echt silberne Blusennadel oder 1 desgl. Kollier garantiert echt Silber 800/1000.
Die Geschenke werden nicht mitbezahlt, sondern extra zur schnellen Einführung von Ragoda zugegeben. Lassen Sie sich die Geschenke in den Läden zeigen und die Prospekte darüber geben. Ragoda ist einzig in seiner Art! D. R. G. M. Nr. 418 136. Es gilt nach heutigem Stande der Wissenschaft nachweislich als bestes Waschmittel. Nicht zu helfen ist denen, die es nicht glauben und keinen Versuch mit Ragoda machen.
Ueberall zu haben. 1 Pfd. kostet nur 55 Pfg. ½ Pfd. 30 Pfg.
Schumann & Wille, Wittenberge. 4590

Heute Nacht um 1 Uhr entschlief nach langem schweren Leiden mein lieber Mann und meiner Kinder guter Vater

Elwin Plagemann

im 54. Lebensjahre.

Tief betrauert von mir, meinen Kindern und allen Verwandten und Bekannten.

Lübeck, 30. Novbr. 1912.

Luise Plagemann
5426 geb. Carstens.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 4. Dezbr., nachmittags 3 Uhr von der Vorwerker Kapelle aus statt. Trauerfeier 2½ Uhr.

Nach kurzem schweren Leiden entschlief Sonntag abend 9 Uhr in seinem 70. Lebensjahre mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater 4585

Gottfried Peise

In tiefer Trauer
Justine Peise geb. Neumann
August Peise und Frau
Franz Jaeckstat und Frau geb. Peise.
Franz Neumann und Frau geb. Peise.

Lübeck, Warendorpstr. 2.

Beerdigung Donnerstag 2½ Uhr von der Leichenhalle des Vorwerker Friedhofes.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.

Nachruf.

Am Sonnabend, dem 30. Novbr., starb unser Mitglied, der Kollege

Elwin Plagemann.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 4. Dezember, nachmittags 3 Uhr, vom Vorwerker Friedhof aus statt.

Versammlung der Mitglieder zur Teilnahme an der Beerdigung nachmittags 2½ Uhr beim „Weißen Hirsch".

5446) **Die Ortsverwaltung.**

Zum Verkauf eines Weihnachtsartikels, der von jeder Hausfrau gekauft wird, werden (5435
4—5 Frauen
gesucht.
Zu erfr. im [illegible]

Freundlich möbliertes Zimmer nach vorn zu vermieten.
5419) Lützowstr. 1a.

Tücht. Schneiderin empfiehlt sich z. Anfertigen moderner Damen- und Kinder-Garderoben. (5422
Friedenstr. 49, prt.

Eine Sportkarre zu kaufen gesucht oder kleiner Klappwagen mit Gummirädern. Offerten unter **E 0** an die Exp. d. Bl. (5428

Kleines Haus
Hafengegend, zu kaufen ges. Angeb. u. **C. 23** an d. Exp. d. Bl. (5432

Puppenwagen, in gr. Auswahl. Einige auf dem Transp. leicht beschädigte Wagen billigst. (5424
Otto Schlichting, Warendorpstr.

Billig z. verk. 1 gr. Tonne, 1 grau Kostüm Gr. 45, Überzieher u. Schoßrock-Anzug. (5437
Königstr. 38, Flügel.

Der
Neue-Welt-Kalender
für 1913
ist erschienen und seines reichhaltigen und guten Inhaltes wegen jedem unserer Leser sehr zu empfehlen.
Preis 40 Pfg.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Eine dopp. **Petroleummaschine,** je zwei Flammen ist billig zu verk.
5453) Bufekistr. 12, I.

Eine Marktbude, 3 Meter Front und verschließb. Kisten bill. zu verk.
5431) Näheres Braunstraße 22.

Ein Kinderwagen
zu verkaufen. (5429) Vorbeckstr. 2.

Eine gut erhaltene Sportkarre mit Gummireifen billig zu verkaufen.
5420) Kottwitzstraße 13, I.

Zu verkaufen **1 Sportwagen, 1 gr. Schloßkorb, 1 neuer Hut.**
5436) Wakenitzmauer 1.

Ein guterhalt. Herren-Fahrrad zu verkaufen. Preis 15 Mk.
5421) Glandorpstraße 19.

Ein Winterjackett und ein Krepphut billig zu verkaufen.
5444) Rosenstraße 13, III.

Abzugeben eine **4 Monate alte Katze.** (5423
Beckergrube 28,8.

Damen- und Kinder-Garderobe, Kostüme und Mäntel
werd. tadellos sitzend bill. angefert.
5425) Glockengießerstr. 13, II.

Künstl. Zähne, Reinigen, Plombieren, Zahnziehen etc. Gewissenhafte Behandlung, solide Preise. (5445
Emil Sietz, Zahn-Atelier, Hüxterdamm 4, II.

Wasserdichtes Lederfett
konserviert vorzüglich und ist geruchlos. (4362
Ferd. Kayser.

4597 **Hasenfelle**
Kanin, Fuchs, Marder, Iltis usw.
Pferdehaare
Mähnen, Kuhschweifhaare kauft zu höchsten Preisen
J. L. Würzburg, Wahmstr. 22 a.

Visitkarten
— ff. Elfenbeinkarton —
100 Stück von Mk. 1.— an
liefert
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten :